

# Flucht und Sexismus

Lydia Humphries, Unterstützerin Red Flag Großbritannien,  
*Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 8, März 2020*

Die Reisen von Frauen, intersexuellen und nichtbinären Menschen, die nach Großbritannien einwandern, werden durch die Bedrohung durch sexuelle Übergriffe, Ausbeutung und Gewalt erschwert und gefährlich. Wenn sie in Großbritannien ankommen, sehen sie sich den rassistisch-frauenfeindlichen, -homophoben und -transphoben Strukturen des britischen Einwanderungssystems gegenüber.

Die unmenschlichen Praktiken der Inhaftierung in Abschiebezentren für EinwanderInnen (IRCs) werden durch die institutionell vorherrschenden sexuellen Übergriffe verstärkt. Viele der Personen in den IRCs fliehen bereits vor Missbrauch, was ihre Inhaftierung nach britischem Recht illegal macht. Aber eine gut dokumentierte „Kultur des Unglaubens“, die in der „feindlichen Umgebung“ Großbritanniens eingebettet ist, lässt MigrantInnen, die sexuelle Übergriffe überlebt haben, oft schutzlos zurück. Eine solche Ungläubigkeit konfrontiert LGBTQI+-Menschen, die vor Verfolgung wegen ihrer Sexualität oder geschlechtlichen Identität fliehen, wobei viele gezwungen sind, ihre Unterdrückung vor Berufungsgerichten zu „beweisen“, und ihnen diese dennoch immer noch nicht geglaubt wird.

Die AktivistInnen arbeiten gegen die volle Kraft des rassistischen und chauvinistischen britischen Staates, um auf die Entmenschlichung von MigrantInnen aufmerksam zu machen. Im Jahr 2018 traten 120 Menschen in Yarl's Wood in den Hungerstreik, um gegen die unbefristete

Haft,  
ausbeuterische Arbeit, den Mangel an angemessener medizinischer  
Versorgung und  
die nicht freiwillige Abschiebung zu protestieren, neben  
geschlechtsspezifischeren Themen wie der Inhaftierung von  
Missbrauchsüberlebenden. Im Jahr 2016 enthüllten Stonewall und die  
Lesben- und  
Schwulen-Immigrationsgruppe des Vereinigten Königreichs den fehlenden  
Zugang zu  
Medikamenten, Schutz und „sicherer Zuflucht“ für LGBTQI+-Personen in  
Haft.

An anderer Stelle protestierte der Südost-Londoner Zweig der  
feministischen Direktaktionsgruppe Sisters Uncut gegen die Anstellung von  
EinwanderungsbeamtenInnen in den örtlichen Diensten für häusliche Gewalt  
und  
beleuchtete, wie zwischenmenschliche und staatliche Gewalt  
ineinandergreifen,  
so dass Frauen und nichtbinäre MigrantInnen aus Angst vor Abschiebung  
ihre Täter  
nicht verlassen können. Diese Kampagne lenkte auch die Aufmerksamkeit auf  
die  
Auswirkungen von No Recourse to Public Funds (Kein Rückgriff auf  
öffentliche  
Gelder; NRPF), einer Bedingung für den Einwanderungsstatus aus  
Nicht-EU-Ländern, die MigrantInnen und Asylsuchenden den Zugang zu  
sozialen  
Ressourcen wie Flüchtlingsbetten verwehrt, wogegen die sich die Labour-  
Kampagne  
für Freizügigkeit wendet.

Während solche Kampagnen diese Themen weiter ins politische  
Rampenlicht gerückt haben, waren die Reaktionen der PolitikerInnen  
frustrierend  
unzulänglich. In ihrem Manifest für 2019 verpflichtete sich die Labour Party

zur Schließung der berüchtigten, gewalttätigen Gefangenenlager Yarl's Wood und Brook House, ohne sich jedoch unmissverständlich gegen die Einwanderungshaft auszusprechen.

Darüber hinaus lösen PolitikerInnen oft die Probleme, mit denen Migrantinnen konfrontiert sind, von dem „feindlichen Umfeld“ und den damit verbundenen Sparmaßnahmen ab, in die sie eingebettet sind. Ein Beispiel für diese Praxis ist der Fokus liberaler feministischer Abgeordneter auf den Sexhandel. Wie die Autorinnen von „Revolting Prostitutes“, Molly Smith und Juno Mac, argumentieren, stellen Kampagnen gegen den Menschenhandel ihn oft so dar, als ob einzelne Männer die Frauen in eine böse Sexindustrie entführen, und leugnen die Tatsache, dass der Menschenhandel oft dann stattfindet, wenn diejenigen, die bereits migrieren wollen, aufgrund des Mangels an sicheren, erschwinglichen und legalen Wegen, über die sie sich bewegen können, der Ausbeutung ausgesetzt werden.

Solche Kampagnen führen oft zu Forderungen nach der Kriminalisierung von Sexarbeit als Lösung für den Menschenhandel. Die Labour-Abgeordneten Jess Phillips und Sarah Champion, prominente Mitarbeiterinnen des parteiübergreifenden parlamentarischen Ausschusses „Prostitution und weltweiter Sexhandel“, spiegeln diesen Gedankengang wider. Sie verknüpfen routinemäßig Menschenhandel mit Sexarbeit und nutzen ihre Unterstützung für die Opfer des Menschenhandels, um für das nordische Modell zu werben, eine Politik, für die Jeremy Corbyn ebenfalls vage Lippenbekenntnisse abgegeben hat, die Käufer von Sexarbeit und Dritte, die mit dieser in Verbindung stehen, kriminalisieren würde.

Wie SexarbeiterInnen in aller Welt argumentieren, würde jede Form der Kriminalisierung das Überleben von SexarbeiterInnen grundlegend erschweren. Dazu gehören auch migrantische SexarbeiterInnen, die sich möglicherweise für Sexarbeit entscheiden, weil sie keine gesetzlichen Rechte auf Arbeit oder den Zugang zu Sozialleistungen haben, Aspekte eines „feindlichen Umfelds“, die tief mit denselben gewaltsam rassistischen Grenzen verflochten sind, die andere für MenschenhändlerInnen anfällig machen.

So übersieht die Verschmelzung von Sexarbeit und Menschenhandel - die Schuld für beides wird der männlichen Gewalt zugeschoben - die Art und Weise, in der beide als unterschiedliche geschlechtsspezifische Manifestationen der rassistischen und migrantenfeindlichen Strukturen der Klassengesellschaft angesehen werden können, die zu überleben versucht wird.

Sie ignoriert auch die Realität, dass die Wege in die Sexarbeit, auch für MigrantInnen, oft durch einen Mangel an gut bezahlten alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten und durch Kürzungen der Sozialleistungen, die den Schwächsten schaden, genährt werden. Eine solche Rhetorik verschleiert also die gemeinsamen Unterdrückungen zwischen MigrantInnen und anderen Menschen aus der ArbeiterInnenklasse, was den Aufbau von Solidarität zwischen den Gruppen erschwert.

Dieser Fokus auf den Menschenhandel trägt auch dazu bei, dass die gewalttätigen patriarchalischen Kräfte in den halbkolonialen Ländern vereinfacht mit dem Vereinigten Königreich kontrastiert werden, das als liberaler sicherer Hafen für Frauen und LGBTQI+- Menschen dargestellt wird.

PolitikerInnen aller Couleur haben diese Rhetorik wiedergekaut. Wie die

Schriftstellerin Maya Goodfellow argumentiert, verschleierte die Förderung Großbritanniens als ein einladender, fortschrittlicher Staat seine gewaltsam kolonialistische Geschichte und seine bewusst „feindliche“ Gegenwart.

Jede linke oder sozialistische Alternative muss diese Rhetorik grundlegend in Frage stellen. Wir müssen erkennen, dass die miteinander verflochtene Einwanderungs- und Sparpolitik Großbritanniens entscheidend zur gewaltsamen Unterdrückung von Frauen und nichtbinären MigrantInnen beiträgt. Dies muss ein Engagement für offene Grenzen und die Bereitstellung sicherer Migrationsrouten durch Europa und darüber hinaus einschließen, wobei das „feindliche Umfeld“ in Frage gestellt werden muss, das Frauen und LGBTQI+-Asylsuchende weiter dem Missbrauch aussetzt und sie dann zwingt, diesen Missbrauch erneut zu erleben, um Zuflucht zu finden. Es gibt keine „humanen“ Gefangenenlager, und der Kampf für Frauenrechte muss den für die Beendigung der unbefristeten Haft und die Schließung von IRCs für EinwanderInnen einschließen. Die Unterstützung für die Opfer von Menschenhandel muss mit der Unterstützung der Rechte von SexarbeiterInnen einhergehen, wobei die entscheidenden Unterschiede zwischen Menschenhandel und Sexarbeit anerkannt werden müssen. Dennoch muss man verstehen, wie beide mit einem Kontext von Grenzen, Sparmaßnahmen und dem Mangel an sicheren, legalen Alternativen zusammenhängen. Grundsätzlich müssen wir anerkennen, dass die Rechte von Frauen und MigrantInnen Klassenfragen und ein integraler Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus sind.

---

# Woher kommt Sexismus?

Svea Hualidu, Revolution Deutschland, *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung*  
Nr. 8, März 2020

Sexismus

zieht sich durch alle Bereiche unseres Lebens. Ob nun in der Schule, bei der Arbeit oder auf dem täglichen Heimweg. Beispielsweise werden Geschlechtern

immer wieder bestimmte Eigenschaften zugeschrieben. Mädchen sollen immer schön

zurückhaltend, fürsorglich und freundlich sein. Jungs sollen hingegen immer noch nicht über ihre Gefühle reden und die „starken Beschützer“ sein.

Dadurch,

dass uns diese Werte durch Medien, Familie und unser Umfeld von Geburt an vermittelt werden, stellen wir diese oft nicht in Frage.

Sobald

wir in die Schule kommen, werden diese Rollenverteilungen noch durch nebensächliche Behandlung von der Rolle der Frau in der Geschichte verhärtet.

Frauen aus der Wissenschaft finden sich hier kaum bis gar nicht wieder. Mädchen

sollen gut in Kunst sein und werden für ihre Handschrift gelobt. Wenn sie sich

in einen naturwissenschaftlichen Kurs einschreiben, müssen sie sich dafür dumme

Sprüche anhören. In der Ausbildung oder an der Uni gehen die dummen Sprüche in

der Pause über Frauen, die sich sowieso nur schminken und von technischen Sachen keine Ahnung haben, weiter. Das sind alles nur Beispiele für Alltagssexismus. Dieser macht aber nur einen

Teil der Frauenunterdrückung aus. Denn gleichzeitig findet in unserer Gesellschaft eine strukturelle Unterdrückung der Frau statt. So bekommen Frauen 2020 immer noch 21 % weniger Lohn als Männer insgesamt, 8 % mit der gleichen oder vergleichbaren Arbeitsstelle. Dies führt dazu, dass sie nach der Schwangerschaft oder einem Krankheitsfall in der Familie häufiger in Teilzeitarbeit gedrängt werden.

So

entstehen mehrere Nachteile: Frauen sind viel häufiger von (Alters-)Armut betroffen, von ihrem Partner finanziell abhängig und müssen mehr im Haushalt arbeiten. Daneben gibt es noch gesetzliche Hürden wie Einschränkungen/Verbot der Abtreibung, während gleichzeitig sexuelle Straftaten kaum geahndet werden.

Klar ist also: Sexismus ist kein Hirngespinnst und hat eine materielle Basis in der Gesellschaft, die stetig reproduziert wird.

## **Feminismus**

Vielen

Leuten ist Feminismus mittlerweile ein Begriff. Dabei gibt es unterschiedliche inhaltliche Strömungen, die jeweils andere Ansätze entwickelt haben, wie man

gegen Frauenunterdrückung kämpfen

sollte. Der Queerfeminismus wirft beispielsweise die Frage auf: „Wie definiert

man Geschlechter?“ und sieht das Hauptproblem in der Konstruktion sämtlicher

Geschlechternormen an sich. Der Radikalfeminismus hingegen sieht die Ursache in

der männlichen Natur, sucht die Lösung in der autonomen Organisation von Frauen. Intersektionalität fragt „Sind manche Frauen durch die Kombination mehrerer Unterdrückungsmechanismen mehrfach unterdrückt?“, zeigt

allerdings

keinen Lösungsansatz auf und setzt alle Unterdrückungen gleich. Der bürgerliche

Feminismus hat viele Spielarten, konzentriert sich in erster Linie auf die rechtliche Gleichstellung aller Frauen. Dabei kann es auch dazu kommen, dass

die bürgerlichen Feminist\_Innen rückschrittliche Positionen annehmen, beispielweise Alice Schwarzer, die sich in ihrem Magazin EMMA ganz offen gegen

Sexarbeit und das Tragen eines Kopftuchs ausspricht. Diese Positionen lehnen

wir offen ab.

Alle

diese Spielarten haben mehrere Probleme. Zum einen gibt es selten eine wirkliche Erklärung, woher Frauenunterdrückung eigentlich kommt. Zum anderen

betrachten sie meist alle Frauen als „Einheit“ und schreiben ihnen ein gleiches

Interesse zu. Das ist problematisch. Zwar ist es positiv, dass

Feminismomagazine oder Self-Love-Instagramprofile sich mit den eigenen Gefühlen von erlebter Unterdrückung auseinandersetzen, doch Worte formen leider

nicht die Realität. Diese wird von der ökonomischen Basis der Gesellschaft geprägt. Da es unterschiedliche Klassen gibt, gibt es auch unterschiedliche Interessen. So sind Frauenquoten in Chefetagen nur für einen kleinen Teil der

Frauen relevant und eben dieser hat auch ein Problem mit Forderungen, die eine

reale Verbesserung für alle darstellen würden wie bspw. kostenlose Abtreibungen

und Verhütungsmittel oder gleicher, höherer Lohn. Aber woher kommt denn nun

Frauenunterdrückung?

# Entstehung der Familie und des Privateigentums

Am

Anfang der menschlichen Geschichte gab es eine klassenlose Urgesellschaft.

Hier

waren alle Geschlechter gleichgestellt. Anthropologische Forschungen belegen,

dass sich erwachsene Frauen wegen Schwangerschaft und langer Abhängigkeit der

Kinder von der Mutter nicht an den langen Hetzjagden auf Großwild beteiligen

konnten. Diese war Domäne der erwachsenen, bewaffneten Männer. In dem Sinne

können wir von einer geschlechtlichen Arbeitsteilung sprechen, die genau wie

die noch ursprünglichere (Gebären, Stillen; Zeugen) biologische Ursachen hatte.

Frauen sammelten Früchte, Samen und andere Pflanzenteile und erbeuteten kleine

Tiere. Diese Arbeitsteilung der Jäger- und Sammlergesellschaften hatte so gut

wie nichts mit anderen physischen Unterschieden (Körperkraft, Ausdauer) zu tun.

Frauen trugen geschätzt 60 % zum Nahrungserwerb der Horden bei.

Mit

der Sesshaftwerdung, also ab der Jungsteinzeit, entwickelte sich dann Stück für

Stück ein Überschuss. Dies geschah insbesondere durch die Viehzucht und die

Durchsetzung des Ackerbaus (insbesondere in Verbindung mit Zugtieren zum Pflügen). Eben jene Entwicklung ist hierbei hervorzuheben. Sie legte die Basis

für die Umgestaltung der Verhältnisse in Produktion (Ausbeutung,

Klassengesellschaft, Staat) und Reproduktion. Durch den erwirtschafteten systematischen, dauerhaften Überschuss konnte erstmals ein Teil der Gesellschaft aus der Produktion ausscheiden, sei es nur im Alter oder zeitlebens bei ehemaligen Oberhäuptern (Häuptlingen). In diesem Zuge bildete sich auch die Familie heraus. Diese unterschied sich von der heutigen dadurch, dass neben dem Oberhaupt auch Haussklav\_Innen oder Gesinde (nicht verheiratete Mägde und Knechte) dazugehörten.

Auch

wenn die Übergangsperiode zur Klassengesellschaft mehrere Tausend Jahre dauerte, so erwuchs sie aus dieser Formation und legte ebenfalls den Grundstein

für die Entstehung des Staates. Ein wichtiges Element hierbei nimmt der Übergang

zur Monogamie ein. Damit das Eigentum in an die eigenen Nachkommen vererbt

werden konnte, wurde diese essenziell. Diese war in erster Linie verbindlich für Frauen, da durch die Monogamie die leibliche Vaterschaft der besitzenden

Männer gesichert werden sollte. Herauszustellen ist, dass

die Unterdrückung der Frau ab Entstehung der ersten Klassengesellschaften unumkehrbar geworden ist und ihre Beseitigung darum die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft erfordert.

## **Übergang in den Kapitalismus**

Mit

Beginn des Kapitalismus und der Entstehung des Proletariats hörte der Haushalt

auf, die grundlegende Produktionseinheit zu sein. Statt in der Familie selber zu produzieren, musste es nach seiner Vertreibung von Grund und Boden, nach

Verlust seiner Produktionsmittel die eigene Arbeitskraft bei KapitalistInnen verkaufen. Im Zuge des wachsenden Fortschritts, der Einführung von Maschinen im Zuge der industriellen Revolution wurde es notwendig und möglich, mehr Arbeitskräfte als nur Männer (Lohnarbeit von Frauen und Kindern) in die Fabrikproduktion einzubeziehen. Zuvor, im Verlagssystem (Zwischenglied zwischen Handwerk und Industrie), waren die Produzent\_Innen schon keine Handwerker\_Innen mehr, weil sie allein von Aufträgen der Kaufleute vollständig abhängig waren, aber noch keine Proletarier\_Innen, weil sie formal noch über ihre Produktionsmittel und Werkstatt verfügten. Mit dem Ruin des Handwerks wurden sie zu Lohnabhängigen in industrieller Kooperation und Manufaktur. Die Fabrikarbeit stellt für die Emanzipation der Frauen insofern einen Fortschritt dar, als sie durch Mechanisierung etliche Schranken der nach Gewerk getrennten Arbeitsteilung zwischen Männern, Frauen und Kindern einreißt und Aufhebung der geschlechtlichen Arbeitsteilung vom technischen Prinzip, vom Stand der Produktivkräfte her überhaupt ermöglicht. Muskelkraft spielt nur noch eine untergeordnete Rolle.

Doch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse verwandeln das fortschrittliche Potenzial des Fabriksystems in eine Hölle für die Arbeiter\_Innenklasse, für die Frauen zudem noch in ein Fegefeuer. Da erstens nämlich der Lohn von Arbeiter\_Innen nur das enthält, was zur Reproduktion der eigenen Familie notwendig ist und er im Fabrikssystem auf die gesamte Arbeiter\_Innenfamilie verteilt wurde, sank der des Ehemannes, der zuvor die Bestandteile für Gattin und nachwachsende zukünftige Arbeitskräfte enthielt. Dies sparte den Kapitalist\_Innen Geld und verschärfte auch die Konkurrenz innerhalb der Klasse. Diese Abwertung des männlichen Arbeitslohns liegt

dem

reaktionären proletarischen Antifeminismus zugrunde. Zum zweitens wurde die Arbeiter\_Innenfamilie nun als Ort, an dem die Arbeitskraft wieder hergestellt werden musste, zur zweiten, aber unbezahlten Schicht für die Lohnarbeiterin.

Für die Arbeiter\_Innenklasse hat sie also einen doppelten Charakter. Zum einen ist die Familie der einzige „Ruheort“, zum anderen jedoch für die Frau eine Doppelbelastung. Sie musste arbeiten und sich gleichzeitig um den Haushalt kümmern. So sparen die Kapitalist\_Innen zusätzlich viel Geld dadurch, dass sie die Reproduktion ins Private auslagern. An Stellen, wo dies nicht (mehr) möglich ist wie beispielsweise der grundlegenden Ausbildung, greift dann der bürgerliche Staat ein, um das Interesse der gesamten Kapitalist\_Innenklasse zu vertreten (allgemeine Schulpflicht, Verbot der Kinderarbeit).

Auf der anderen Seite blieb Familie funktional für das Bürger\_Innentum, um die Vererbung innerhalb der herrschenden Klasse zu legitimieren. Das klassische Bild der Arbeiter\_innenhausfrau, was vor allem in westlichen, imperialistischen Ländern präsent war, ist dabei etwas, das erst im späteren Verlauf der Geschichte entstand. Für die Bürgerlichen und ebenso die besser gestellten Kleinbürger\_Innen war dieses zweifelhafte Ideal hingegen schon immer möglich.

Als sich dann vor allem in imperialistischen Ländern eine Schicht von Arbeiter\_Innen (Arbeiter\_Innenaristokratie) durch erfolgreiche Streiks sowie Extraprofite herausbildete, die besser verdient, wurde von ihr diesem Bild der bürgerlichen Familie als Privileg nachgeeeifert. Allerdings ist dies, wie wir wissen, auch heute nur für einen kleinen Teil möglich.

All das beweist, dass Sexismus eine Klassenfrage ist und somit auch der

Kampf um die Frauenbefreiung einer um die Herrschaft einer Klasse über die andere ist. Der Kapitalismus hat sich als unfähig und unwillig erwiesen, die im Haushalt verrichtete Arbeit systematisch zu vergesellschaften. Er ist daher unfähig, die Unterdrückung der Frauen zu beenden.

## **Doch wie dagegen ankämpfen?**

Für die Praxis heißt das anzuerkennen, dass zwar auch die Männer der Arbeiter\_Innenklasse in einem gewissen Maß von Frauentendrückung profitieren, allerdings keinen historischen Nutzen daraus ziehen. Vielmehr werden sie dadurch an der Verwirklichung ihrer grundlegenden Klasseninteressen gehindert. Nur ein gemeinsamer Kampf aller Proletarier\_Innen gegen die herrschende Klasse kann ein erfolgreicher sein. Als Revolutionär\_Innen müssen wir uns entschieden gegen jegliche Form der Frauenunterdrückung stellen. Um diese jedoch effektiv zu beseitigen, müssen wir sie an der Wurzel packen - dem Kapitalismus. Gleichzeitig muss klar herausgestellt werden: Wir müssen den Kampf für eine bessere Welt mit Reformen und konkreten Verbesserungen im Hier und Jetzt verbinden!

Beispielsweise durch einen gemeinsamen höheren Mindestlohn oder das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper kann man die existierende Spaltung innerhalb der Arbeiter\_Innenklasse anfangen zu beseitigen. Ebenso müssen diese Kämpfe an allen Orten unseres täglichen Lebens und somit auch an denen, wo Politik stattfindet, geführt werden. Durch Diskussionen am Arbeitsplatz, gewerkschaftliche Organisation auch mit

dem

Ziel, den Kampf gegen Frauenunterdrückung dort mit einzubringen, antisexistische Veranstaltungen an Schulen und eine Schüler\_Innengewerkschaft.

Komplett aufgelöst werden kann sie nur in einer klassenlosen Gesellschaft, in der die Reproduktionsarbeit nicht mehr nur auf die Familie und somit die Frauen

ausgelagert wird. Ziel muss es sein, die tägliche Hausarbeit gesamtgesellschaftlich zu organisieren. Durch beispielsweise Großküchen, Waschräume sowie Kinder- und Angehörigenbetreuung, die kollektiv organisiert wird.

Für den Kampf im Hier und Jetzt muss uns dabei klar sein, dass in der heutigen Gesellschaft, in der wir alle nicht frei von unterdrückender Sozialisierung leben, es auch in linken Organisationen Mechanismen bedarf, die

dem entgegenwirken. So brauchen wir jetzt schon kollektive Kinderbetreuung,

aktiven Umgang mit sexuellen Grenzüberschreitungen, Bewusstsein, Frauen und

sexuell Unterdrückte von technischen Aufgaben zu befreien sowie sie zu ermutigen, aktiv nach außen zu treten. Auch Caucuses, also gesonderte Treffen

von sozial Unterdrückten, bei der sie sich über Erlebtes austauschen können, sind ein notwendiges Mittel. Ebenso müssen Männer regelmäßig ihre Sozialisierung und unterdrückendes Verhalten reflektieren.

Quellen:

Hausarbeit

<https://www.beziehungen-familienleben.de/ergebnisse/wie-teilen-sich-maenner-und-frauen-die-arbeit-im-haushalt/>

---

# Femizide - Frauenmorde international, Widerstand international

Jonathan Frühling, Revolution Deutschland, *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 8, März 2020*

## Femizide

Der Begriff des Femizids (engl. femicide) wird seit Beginn des 19. Jahrhunderts benutzt in Abgrenzung zum englischen Begriff

„homicide“ (Mord, Totschlag). Die feministische Soziologin Diana Russell definiert den Femizid als einen Mord an einer weiblichen Person durch einen Mann aufgrund der Tatsache, dass sie weiblich ist. Diese Definition schließt die Tötung von Kindern mit ein. Außerdem wird damit die geschlechterspezifische

Motivation der Morde verdeutlicht, die Frauen durch Männer widerfährt. Der Femizid stellt noch vor der Vergewaltigung die höchste Manifestation der Unterdrückung der Frau dar.

2017 wurden laut UNO 87.000 Frauen Opfer von Mord, 50.000 wurden dabei durch eigene Familienmitglieder oder den Partner getötet, wobei 38 % dieser Morde auf den eigenen (Ex-)Partner entfallen.

Die meisten Femizide werden nicht bestraft, was an dem limitierten Zugang von Frauen zu Gerichtsbarkeit und der benachteiligten

Stellung in polizeilicher Ermittlungsarbeit liegt. Allgemein ist die statistische Lage zu Femiziden allerdings sehr schlecht, da in Mordstatistiken meist nicht einmal das Geschlecht, geschweige denn der Tötungsgrund erfasst

werden.

## Gründe für Femizide

Der allgemeinste, auch in der bürgerlichen Gesellschaft anerkannte Grund für Femizide ist der Wille der Männer das Leben, den Körper und die Sexualität der Frauen zu kontrollieren. Versuchen sich Frauen, dem zu widersetzen, nehmen die Männer auch die Tötung der Frau in Kauf, um ihre Vormachtstellung zu erzwingen.

Die Morde an homosexuellen Frauen werden ebenfalls als Femizide bezeichnet. Eine weitere Form der Femizide sind die sogenannten Ehrenmorde. Dabei werden Frauen ermordet, weil sie z. B. vor der Ehe Sex hatten oder vergewaltigt wurden und somit aus der Sicht der Sexisten die „Ehre“ der Familie verletzt haben.

Femizide passieren aber auch, weil Frauen der Hexerei bezichtigt werden, was besonders im Südpazifikraum ein Problem darstellt. Vor allem in Südasien werden Frauen wiederum in Zusammenhang mit einer als zu gering angesehenen Mitgift getötet. Obwohl Mitgiften eigentlich allgemein z. B. in Indien verboten sind, ist es in vielen Ländern immer noch üblich, dass die Frau, um eine Ehe schließen zu können, teure Geschenke an die Familie des Mannes machen muss. Allein in Indien wurden zwischen 2007 und 2009 8.200 Mitgiftmorde registriert.

Zudem sterben Frauen an erzwungener Abtreibung, erzwungener Mutterschaft, Genitalverstümmelung oder Sexsklaverei. Diese Tötungen müssen laut Diana Russell ebenfalls als Femizide bezeichnet werden.

Ein dem Femizid ähnliches Phänomen ist die gezielte Abtreibung von Mädchen, welche vor allem in Südchina und Indien Anwendung findet. Es wird dabei weiblichen Menschen grundsätzlich das Recht auf Leben verwehrt. Da die pränatale Geschlechtsbestimmung für viele arme Familien nicht zugänglich ist, werden viele weibliche Säuglinge direkt nach der Geburt ermordet. In diesem Fall kann ganz klar von einem Femizid gesprochen werden.

## **Situation in Lateinamerika**

Unter den 25 Ländern mit der höchsten Femizidrate befinden sich 14 lateinamerikanische. Jeden Tag werden dort 12 Frauen Opfer von Femiziden. Besonders schlimm ist die Lage in Mittelamerika. Die Folge davon war nach öffentlichem Druck die Einführung der rechtlichen Kategorie des Mordes mit geschlechterspezifischen Gründen.

Sieben Länder mit der höchsten Femizidrate befinden sich in Europa, drei in Asien und nur eins in Afrika. Das beweist, dass Frauenmorde auch in der sogenannten westlichen Welt ein weitverbreitetes Problem darstellen. In Europa wird jedes Jahr jede 250.000 Frau Opfer eines Femizids.

## **Situation in Deutschland und Österreich**

Deutschland hat die Definition von Femiziden der WHO nicht übernommen und kennt den Femizid als Straftatbestand nicht. In

Deutschland gab es von 2012-2017 laut polizeilicher Kriminalstatistik (PKS) 849

Morde von Frauen in (Ex-)Partnerschaften und 1212 versuchte Tötungen. Die Statistiken über Gewalt gegen Frauen sind allerdings unzureichend. Ob es sich

dabei wirklich um Femizide handelt, ist z. B. unbekannt, da die Tatmotive nicht erfasst werden. Deutschland hat bisher auch die Istanbul-Konvention (Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt),

die Staaten europaweit zum Kampf gegen Gewalt gegen Frauen verpflichtet, nicht

unterzeichnet, sondern 2017 lediglich ratifiziert. Diese Konvention forderte unter anderem, eine Kommission einzurichten, die Daten zur Gewalt gegen Frauen

zu erfassen, zu bewerten und zu verbreiten.

Österreich hat europaweit die höchste Rate von Femiziden (41 in 2018). Ein Grund dafür könnte in der massiven Bagatellisierung

der Gewalt gegen Frauen durch die Justiz liegen. Einschüchterung, Misshandlung,

Bedrohung und sexuelle Gewalt gehen dem Femizid meistens voraus. Die Täter

planen zumeist ihre Tat und sprechen Morddrohungen aus. Wird dies nicht ernst

und werden die potentiellen Täter nicht in Untersuchungshaft genommen, sondern

z. B. nach einer Trennung auf freien Fuß gesetzt, besteht für Frauen eine enorme Gefahr. Wie schlimm die Lage ist, zeigt sich auch daran, dass nur 10 % der gewalttätigen Männer nach der Anzeige durch eine Frau verurteilt werden.

## **Die Bewegung „Ni Una**

## **Menos“**

Als Reaktion auf einen Femizid in Argentinien wurde 2015 das Kollektiv „Ni Una Menos“ (Nicht eine weniger), bestehend aus

Journalistinnen, Künstlerinnen und Aktivist\_Innen, gegründet. Unter dieser Parole sind am 3. Juni 2015 Hunderttausende gegen Femizide auf die Straße gegangen. Die Bewegung wurde in der Folgezeit in einer Vielzahl von Ländern

adoptiert, vor allem in Lateinamerika (z. B. Chile, Peru, Mexiko), aber auch in Spanien oder Italien. Wie mächtig diese Bewegung ist, zeigt z. B., dass die „Ni Una Menos“-Demonstration in Peru am 13. August 2016 die größte in

der Geschichte dieses Landes war. Am 19. Oktober 2016 gab es den ersten massenhaften Frauenstreik, der 8 Länder Lateinamerikas umfasste. Die Bewegung sprengt schaffte es also, nationale Grenzen zu sprengen.

Am 20. Dezember 2019 beteiligten sich in 200

Städten über die ganze Welt verteilt vor allem Frauen an Flashmobs und

Demonstrationen gegen Frauenmorde und sogenannte „Rapeculture“.<sup>1</sup>

Besonders brisant ist dabei, dass die Proteste maßgeblich von Chile ausgehen,

wo die Frauenkampfbewegung im Rahmen mächtiger Proteste gegen die neoliberale

Regierung stattfindet. Es kann dort eindrucksvoll beobachtet werden, wie sich

verschiedene Bewegungen z. B. gegen Sexismus, Umweltzerstörung und Neoliberalismus zu einer Bewegung für eine bessere Gesellschaft vereinen.

## **Perspektive im Kampf gegen Femizide**

Wie die mächtigen Frauenkampfbewegungen in Spanien und Lateinamerika gezeigt haben, ist es möglich, Fortschritte zu erkämpfen.

So

hat z. B. Spanien 2010 damit begonnen, Statistiken zu Femiziden zu führen, was das Bewusstsein für das Problem gesteigert hat. In 16 lateinamerikanischen Ländern wurde der Femizid als Straftatbestand oder als strafverschärfendes Merkmal aufgenommen, was auch zu einer Erfassung der Aburteilungsquote führte.

Prävention und direkte Hilfe müssen natürlich massiv ausgebaut werden. Eine feministische Bewegung muss gegen den eklatanten

Mangel an Frauenhausplätzen ankämpfen. In Deutschland müssten laut der Istanbul-Konvention 21.400 Betten in Frauenhäusern verfügbar sein. Momentan

gibt es nur 6.800, weswegen Frauen oft wieder zu ihren gewalttätigen Partnern

geschickt werden. Auch eine ordentliche gesundheitliche und psychische Betreuung, Vermittlung in Jobs, ein höheres Arbeitslosengeld oder die konsequentere Eintreibung von Unterhaltszahlungen sind wichtige Forderungen.

Sie können Frauen helfen und motivieren sich von einem gewalttätigen Partner zu trennen.

Dies kann natürlich im Kampf gegen Femizide nur der Anfang sein. Letztlich müssen vor allem die Macho-Kultur und das Patriarchat

angegriffen werden, um der Unterdrückung der Frauen als Ganzes zu begegnen. Die

„Ni Una Menos“-Bewegung in Lateinamerika oder der heroische Kampf der argentinischen Frauen für bessere Abtreibungsrechte können als glänzende Beispiele dienen. Diese Bewegungen müssen verstetigt und ausgeweitet werden,

wenn sie dauerhaft eine Wirkung haben wollen. Entscheidend ist aber auch, dass

sie sich mit den Bewegungen der landlosen Bauern und Bäuerinnen oder der Arbeiter\_Innenklasse verbinden. Was wir brauchen, ist eine vereinte Bewegung gegen den Kapitalismus. Die bürgerliche Gesellschaft basiert nämlich auf der Familie und diese wiederum auf der Ausbeutung und Unterdrückung der Frau. Nur wenn der bürgerlichen Familie ihre kapitalistische Grundlage entzogen wird, kann eine Bewegung gegen Femizide erfolgreich sein.

Für Marxist\_Innen stellen Femizide nur die Spitze des Eisbergs der Frauenunterdrückung dar. Der „Wille“ der Frauenmörder und -vergewaltiger basiert also auf den Jahrtausende alten gesellschaftlichen Mechanismen, die wir an anderer Stelle in dieser Zeitung charakterisiert haben. Nur der Umsturz der Klassengesellschaft und die Errichtung einer klassenlosen können den Rahmen für das Ausrotten dieser Umtriebe bilden.

Ein Programm dafür kann sich nicht auf bürgerliche Polizei, Justiz und Staat verlassen. Die Familie muss in einer höheren Form des sozialen reproduktiven Zusammenlebens aufgehoben werden. Deshalb fordern wir die Sozialisierung der Reproduktionssphäre, beginnend mit der unbezahlten Haus- und Sorgearbeit. Dafür brauchen wir eine neue revolutionäre 5. ArbeiterInneninternationale und eine kommunistische als Bestandteil einer allgemeinen proletarischen Frauenbewegung. Die Bewegung in Lateinamerika wirft diese Frage auf, stellt ein ideales Terrain dar, auf dem dieses Programm fruchtbar werden kann. Eine reine Vernetzung, ein Zusammentreffen mit anderen sozialen Bewegungen löst sie aber nicht von allein, solange die

Unterdrückten

noch von einem nichtkommunistischen Bewusstsein geprägt bleiben.

In der Logik der Sozialisierung der Hausarbeit

liegen Forderungen wie nach Unterhaltszahlungen durch den Staat statt durch die

Expartner, die oft genug eine andere Familie unterhalten müssen, was für Lohnabhängige unmöglich macht, auch noch ihre ehemalige finanziell zu versorgen. Diese müssen mit einer Progressivsteuer auf Besitz, Vermögen und

Erbschaften verknüpft werden, die die Reichen zur Kasse für die Finanzierung

dieser gesellschaftlichen statt familiär-privaten Aufgabe - wie im Kapitalismus

- bittet. Das Gleiche trifft auf Frauenhäuser zu. Diese sollten zudem unter Kontrolle der Nutzerinnen und der Arbeiter\_Innenbewegung gestellt werden.

Zum

Schutz gegen gewalttätige Übergriffe muss letztere sich für staatlich finanzierte Selbstverteidigungskurse für Frauen einsetzen.

In diese Übergangslogik, die die Hand auf den

Reichtum der Herrschenden legt und die Klasse zur Kontrolle des sozialen Geschehens und zur Selbstverteidigung auffordert, können solche Teilforderungen

eingereicht zum Sprungbrett für den Kampf um Sozialismus und Arbeiter\_Innenmacht

geraten und kann damit der Anfang vom Ende des männlichen Chauvinismus eingeleitet werden.

1 Mit dem Begriffe „Rapeculture“ wird kritisch

darauf hingewiesen, dass Vergewaltigungen faktisch überall auf der Welt grausame Normalität sind (und fast immer straffrei bleiben).

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/040/1904059.pdf>

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/100/1910062.pdf>

<http://www.oas.org/es/mesecvi/docs/DeclaracionFemicidio-EN.pdf>

[https://www.ohchr.org/Documents/Issues/Women/WRGS/OnePagers/Gender\\_motivated\\_killings.pdf](https://www.ohchr.org/Documents/Issues/Women/WRGS/OnePagers/Gender_motivated_killings.pdf)

<https://www.tagesschau.de/inland/frauenhaeuser-103.html>

<https://www.aljazeera.com/news/2019/12/chile-rapist-path-chant-hits-200-cities-map-191220200017666.html>

---

# **Buchbesprechung: Feminismus für die 99 %**

Urte March, Red Flag Großbritannien, *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung* Nr. 8, März 2020

*Feminismus für die 99 %: Ein Manifest von Cinzia Arruzza, Tithi Bhattacharya, Nancy Fraser (Verso Books; Deutsch: Matthes & Seitz, Berlin 2019)*

Frauenbewegungen auf der ganzen Welt sind auf dem Vormarsch. Seit 2017 haben Frauenstreiks Millionen auf die Straße gebracht, um eine gleichberechtigte Gesellschaft zu fordern und die geschlechtsspezifischen Auswirkungen des Neoliberalismus und der Austerität aufzuzeigen.

Während konservative und populistische Regime von Indien bis zu den Vereinigten Staaten hart erkämpfte soziale und reproduktive Freiheiten als Teil eines globalen Wandels hin zu konservativem Nationalismus attackieren, greifen feministische Bewegungen zunehmend nach systemischen Erklärungen für

die Unterdrückung von Frauen.

Dies ist die historische Konjunktur, für die der „Feminismus für die 99 % - Ein Manifest“ geschrieben worden ist. Cinzia Arruza, Tithi Bhattacharya und Nancy Fraser, drei in den USA ansässige Akademikerinnen, die in der Frauenstreikbewegung einflussreich und als feministische Theoretikerinnen sehr etabliert sind, stellen sich die Aufgabe, „eine neue, antikapitalistische Vorstellung von Geschlechtergerechtigkeit“ zu „entwickeln - eine, die über die aktuelle Krise hinaus - und in eine neue Gesellschaft führt“. (S. 12)

## **Antikapitalismus und Internationalismus**

„Feminismus für die 99 %“ wurde in über 20 Sprachen veröffentlicht und international weit verbreitet, so dass es sich lohnt, die Bedeutung der Popularität der Broschüre zu bewerten, bevor man die im Manifest dargelegten Perspektiven hinterfragt.

Die Autorinnen beginnen damit, dass sie den liberalen oder „korporativen“ Feminismus - beschrieben als den Wunsch nach einem besseren Gleichgewicht der Geschlechter innerhalb der ausbeuterischen Strukturen der Gesellschaft - als völlig unzureichend für die Lösung der drängenden sozialen Probleme der heutigen Welt abtun. Auf den ersten Seiten nennen sie den Kapitalismus, jenes „System, das den Chef hervorbringt, nationale Grenzen produziert und die Drohnen herstellt, die diese Grenzen überwachen“, als den Feind, der besiegt werden muss, um die Befreiung der Frauen zu erreichen. (S. 10 f.)

Die Autorinnen beschreiben die Unterdrückung der Frauen als wesentlich für das Funktionieren des Kapitalismus und betonen, dass die Befreiung der Frauen ein Kampf zwischen widerstreitenden Kräften in der Gesellschaft ist und nicht das langsame Wachstum der Chancengleichheit.

Die

Broschüre kehrt häufig zu der Idee der „Transformation des zugrunde liegenden

„Gesellschaftssystems“ zurück, das die Unterdrückung der Geschlechter diktiert.

In der Erkenntnis, dass der Kapitalismus ein globales System ist, bekräftigen sie die zentrale Bedeutung der Frauenstreiks für einen neuen globalen Widerstand

und erkennen die Notwendigkeit internationalen Handelns an, indem sie erklären,

dass der Feminismus für die 99 Prozent „entschieden internationalistisch ist“.

(S. 27)

Hier gibt es viel, dem man zustimmen kann. Die rhetorische

Betonung von Antikapitalismus und Internationalismus in der Broschüre, wie vage

oder falsch sie auch immer definiert sein mag, zeigt ein wachsendes Bewusstsein

in der Frauenbewegung für die Beziehung zwischen kapitalistischen sozialen Verhältnissen und Frauenunterdrückung auf. Gleichzeitig enthüllen die Mängel in

der Herangehensweise der Autorinnen den anhaltenden Einfluss der Identitätspolitik und des postmodernen Akademismus auf die Frauenstreikbewegung.

Für den Erfolg einer weltweiten antikapitalistischen

Bewegung wird es nicht ausreichen, die destruktiven und unterdrückerischen Tendenzen des Kapitalismus anzuerkennen - es muss die richtige Strategie für

seinen Sturz und seine Ersetzung durch ein neues System vorangetrieben werden.

# Soziale Reproduktion

Im Nachwort der Broschüre identifizieren sich die Autorinnen als soziale Reproduktionstheoretikerinnen, und der Inhalt, den sie dieser Identifikation geben, definiert ihre Methode und ihre Schlussfolgerungen. Wie andere TheoretikerInnen der sozialen Reproduktion argumentieren sie, dass die marxistische Tradition fehlerhaft ist, weil ihre Erklärung der Rolle der gebärenden, erziehenden und anderen unbezahlten sozialen Arbeit im Gesamtzyklus der Produktion unvollständig ist. Die zentrale Aussage ihrer besonderen Variante der Theorie der sozialen Reproduktion ist, dass „die kapitalistische Gesellschaft aus zwei untrennbar miteinander verwobenen und doch sich wechselseitig ausschließenden Imperativen besteht“ - der Notwendigkeit, Profit zu schaffen (Produktion), und der Notwendigkeit, dass die Menschen sich selbst erhalten müssen (soziale Reproduktion), und dass diese Spaltung auf eine tief sitzende „Spannung im Herzen der kapitalistischen Gesellschaft“ hinweist. (S. 87, 91)

Die praktische Bedeutung dieses Ansatzes wird in erster Linie durch den Kontrast zum „traditionellen“ marxistischen Denken gefördert, dem die Autorinnen vorwerfen, den Kapitalismus als „lediglich ein Wirtschaftssystem“ vorzustellen und nicht anzuerkennen, dass der Kapitalismus „eine institutionalisierte Gesellschaftsordnung“ ist, „zu der auch jene scheinbar ‚außerwirtschaftlichen‘ Verhältnisse und Praktiken gehören, von denen die offizielle Ökonomie getragen wird“. (S. 82) Diese Aussage für sich genommen ist einfach eine eigennützige Vulgarisierung des Marxismus, der in der Tat immer erkannt hat, dass die Produktionsverhältnisse den Überbau der Ideologie, den Staat und eine

Vielzahl

anderer sozialer Institutionen, darunter die Familie, hervorbringen. Ebenso würde keinE MarxistIn der Aussage widersprechen, dass es „die entlohnte Arbeit

des Plusmachens [ ... ] ohne die (überwiegend) nicht entlohnte Arbeit des Menschenmachens nicht geben“ könnte. (S. 89 f.)

Die Autorinnen argumentieren ferner, dass MarxistInnen die Produktionssphäre fälschlicherweise als dominant über die Reproduktionssphäre

betrachten und die „traditionelle ArbeiterInnenbewegung“ dazu bringen, den wirtschaftlichen Kampf um bessere Löhne gegenüber sozialen Kämpfen zu privilegieren, auf Kosten der Interessen der Frauen. Hier gibt es eine echte Meinungsverschiedenheit. Für MarxistInnen, wie Engels erklärt, geht „die materialistische Anschauung der Geschichte [ ... ] von dem Satz aus, daß die Produktion, und nächst der Produktion der Austausch ihrer Produkte, die Grundlage aller Gesellschaftsordnung ist“.<sup>1</sup>

In diesem Sinne ist es die Sphäre der Produktion, die die Sphäre der Reproduktion beherrscht und formt. MarxistInnen sehen die Gewinnung

von Profit und die Akkumulation von Kapital als treibende Kraft und bestimmendes Merkmal des kapitalistischen Systems. Es war die Entwicklung der

Klassengesellschaft, die zur Entstehung der Familie als einer für die herrschende Klasse wesentlichen Institution führte. Der Übergang zum Kapitalismus konsolidierte die Kernfamilie als die effizienteste Art und Weise der Verwaltung der sozialen Reproduktion.

Dies bedeutet nicht, dass die Familie nicht ein Ort der Unterdrückung ist oder soziale und politische Forderungen zweitrangig sind. Der

revolutionäre Marxismus versucht, den Kampf der ArbeiterInnenklasse nicht nur

für bessere Arbeitsbedingungen, sondern für die Abschaffung des gesamten

sozialen Systems, das die ArbeiterInnen unterdrückt und ausbeutet, anzuführen.

Der politische Kampf über jede Manifestation der aus dem kapitalistischen System resultierenden Ungerechtigkeiten, einschließlich der sozialen Unterdrückung der Frauen und der Aneignung ihrer unbezahlten Arbeit durch das Kapital, ist wesentlich für die Bildung von Klassenbewusstsein und den Zusammenhalt einer sozialistischen Bewegung.

In der Tat geht es in Lenins Schlüsselwerk „Was tun?“ fast ausschließlich darum, dieses Argument vorzubringen:

*„Daher ist es begreiflich, dass die Sozialdemokraten sich nicht nur nicht auf den ökonomischen Kampf beschränken können [ ... ] Es ist notwendig, jede konkrete Erscheinung dieser Unterdrückung auszunutzen [ ... ] auf den verschiedensten Lebens- und Tätigkeitsgebieten, dem beruflichen, dem allgemein-bürgerlichen, dem persönlichen, dem der Familie, dem religiösen, dem wissenschaftlichen usw.“<sup>2</sup>*

Wo die Autorinnen „altmodische Verständnisse“ des Kapitalismus kritisieren, denen gemäß sie sich die ArbeiterInnenklasse „ausschließlich aus denen zusammensetze, die für Löhne in Fabriken oder Bergwerken arbeiten“, antworten sie nicht auf die marxistische Tradition, sondern auf die stalinistischen und reformistischen Entstellungen des Marxismus. Die Tendenz zum Ökonomismus ist nicht ein Merkmal revolutionärer, sondern einer im Wesentlichen bürgerlichen Politik, die sich darauf beschränkt, bessere Bedingungen für die ArbeiterInnen innerhalb der Grenzen des Kapitalismus zu suchen.

Die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen durch den Kampf um die soziale Reproduktion zu ersetzen, ohne eine revolutionäre Strategie voranzutreiben, das kann diesen Fehler nicht überwinden, sondern verlagert ihn

lediglich auf ein anderes Terrain von Teilreformen.

## **Kapitalismus und Krise**

Die Ablehnung des „Feminismus für die 99 %“ dessen, was das Manifest als den ökonomischen Determinismus der marxistischen Tradition

bezeichnet, führt dazu, dass es den Begriff der kapitalistischen Krise neu theoretisiert und lässt die Autorinnen einer sinnvollen Definition des Kapitalismus beraubt bleiben. Sie behaupten, dass die allgemeine Krise historisch gesehen bedeutende Möglichkeiten für eine gesellschaftliche Transformation geboten hat und dass die Existenz von Krisenbedingungen den

Imperativ für FeministInnen und Radikale schafft, darauf zu reagieren und den

Prozess zu „lenken“. Die Autorinnen stellen ihr Manifest als Strategie zur „Lösung“ der allgemeinen Krise vor, die wir heute durchleben.

Obwohl die Autorinnen sagen, dass sie auf eine „Krise des Kapitalismus“ reagieren, bestehen sie darauf, dass sie „diese Begriffe nicht im

üblichen Sinn“ (S. 82) verstehen, und zeigen mit dem Finger auf die marxistische Konzeption der inneren Widersprüche des Kapitals. Stattdessen erkennen sie „als Feministinnen“ an, dass der Kapitalismus auch „weitere, außerökonomische Widersprüche und Krisentendenzen“ (S. 83) beherbergt, was

bedeutet, dass die kapitalistische Krise „nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine ökologische, politische und auf die gesellschaftliche Reproduktion bezogene“ ist. (S. 84) Für sie besteht die Wurzel all dieser Krisen im Bestreben des Kapitals, freie Ressourcen aus verschiedenen Quellen

(Frauen, Umwelt, ärmere Länder) zu extrahieren und sie in den Prozess der Akkumulation einzubringen, der auf lange Sicht nicht nachhaltig ist und Krisen

in jeder dieser parallelen sozialen Sphären verursacht.

MarxistInnen würden zustimmen, dass die Tendenz zur Krise in die Natur des kapitalistischen Systems selbst eingebettet ist und die Überausbeutung „freier“ Arbeit und Ressourcen ein Merkmal des Kapitalismus ist.

Aber die Marx'sche Theorie hat eine viel spezifischere Definition von Krise. Sie

behauptet, dass die Quelle der Krise der innere Widerspruch des Kapitals selbst

ist, definiert durch die Ausbeutung der lebendigen Arbeit. In ihrer ständigen Suche nach Mehrwert werden die KapitalistInnen dazu getrieben, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, indem sie das Niveau der in der Produktion eingesetzten Technologie erhöhen.

Dabei sinkt der Anteil des Kapitals, der in die Arbeitskosten fließt, im Vergleich zu dem, der in Maschinen und Rohstoffe eingeht.

Da es aber nur ArbeiterInnen aus Fleisch und Blut sind, die einen Mehrwert schaffen, bedeutet dies im Laufe der Zeit einen Rückgang der Rentabilität des Kapitals - die Profitrate sinkt tendenziell.

Wenn die Profitrate sinkt, kann das Kapital kein ausreichendes Rentabilitätsniveau aufrechterhalten, und eine Krise bricht aus. Die Symptome

dieser Wirtschaftskrise - Kapitalabzug, Zins- und Preiserhöhungen - sind das Ergebnis des verzweifelten Versuchs des Kapitals, seine Rentabilität aufrechtzuerhalten, was für die ArbeiterInnen verheerende Auswirkungen in Form

von Arbeitslosigkeit und sinkenden Lebensstandards mit sich bringt und in soziale und politische Unruhen übergreift.

Für MarxistInnen ist das, was der „Feminismus für die 99 %“ als „Krise der sozialen Reproduktion“ beschreibt - wenn „eine Gesellschaft der gesellschaftlichen Reproduktion die öffentliche Unterstützung“ entzieht und „zugleich

diejenigen, die das Gros der Reproduktionsarbeit leisten, für anstrengende, aber niedrig bezahlte Arbeit, die zudem noch mit langen Arbeitstagen einhergeht“ (S. 93 f.), rekrutiert – ein untrennbarer Teil der Krise des Kapitals. Das Kapital versucht, sinkende Gewinnraten auszugleichen, indem es den Mehrwert auf Kosten der ArbeiterInnen zurückgewinnt, sowohl die tatsächlichen Löhne als auch den Soziallohn kürzt (einschließlich kostenloser oder subventionierter Kinderbetreuung, staatlicher Bereitstellung von Sozialleistungen usw.). Dies hat den beschriebenen Effekt, dass die Belastung durch unbezahlte soziale Reproduktionsarbeit zunimmt und überwiegend auf Frauen entfällt. Daher sind die Kämpfe gegen die Schließung öffentlicher Dienste, für die Sozialisierung der Kinderbetreuung usw. kein gesonderter feministischer Imperativ, sondern Teil des Klassenkampfes insgesamt.

Im „Feminismus für die 99 %“ hingegen liegt die Notwendigkeit eines antikapitalistischen Ansatzes nicht in einer Antwort auf die Gesetze des Kapitalismus begründet, sondern in einer allgemeinen sozialen Krise, die sich aus einer Vielzahl von Krisen in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft zusammensetzt und sich zu einer „gesamtgesellschaftlichen Krise“ (S. 27) summiert. Obwohl sie argumentieren, dass FeministInnen in jeder dieser Arenen kämpfen müssen und es für alle diese Kämpfe wesentlich ist, sich miteinander zu verbinden, sehen sie jede dieser Auseinandersetzungen in einer eigenen und separaten Sphäre stattfinden. Als Feministinnen sind sie am meisten damit beschäftigt, in der Krise der sozialen Reproduktion eine Führungsrolle zu übernehmen und die Führung von Kämpfen in parallelen Bereichen wie Antirassismus oder Umweltschutz anderen zu überlassen.

Aber wenn jeder Kampf in einer separaten Sphäre stattfinden kann, um eine bestimmte Krise zu lösen, dann ist jeder soziale Kampf gleichermaßen wichtig für die „Überwindung“ des Kapitalismus, und der Erfolg der „sozialen Transformation“ erfordert nur eine bessere Koordination zwischen den verschiedenen Bewegungen, nicht aber eine bewusste Strategie zur Entmachtung der herrschenden Klasse. Die Frage, was die Bewegungen wirklich tun müssen, um zu einer „nichtkapitalistischen Gesellschaft“ zu gelangen, wird weiter dadurch verdunkelt, dass die Broschüre den Kapitalismus nie wirklich definiert. Obwohl die Arbeitswerttheorie zusammengefasst wird, erscheint der Kapitalismus im gesamten Buch vor allem unter dem Deckmantel seiner Symptome, einer Ansammlung schrecklicher sozialer Folgen, gegen die verschiedene Bewegungen sich aufzustellen ermutigt werden.

Wo in der Broschüre vom Kapitalismus als System gesprochen wird, tritt er als eines in Erscheinung, das aus miteinander verbundenen, konstitutiven Teilen besteht, und nicht als eines, das als ein einziges nach den Gesetzen der kapitalistischen politischen Ökonomie funktioniert. Wenn sie ihre Erklärung dafür, warum sich der Kapitalismus in einer so tiefen Krise befindet, ausarbeiten, beziehen sie sich manchmal auf den Neoliberalismus, das Finanzkapital oder den Imperialismus. Aber diese Begriffe werden nicht klar definiert oder mit politischem Inhalt versehen - Neoliberalismus wird nur als eine „besonders räuberische Form des Kapitalismus“ (S. 27) und Imperialismus als wirtschaftlich ausbeuterische Beziehungen zwischen Ländern definiert, die durch Rassismus bedingt sind.

Dies zeigt, dass - trotz der ständigen Betonung ihrer „antikapitalistischen“

Ausrichtung - der Ausgangspunkt der Autorinnen eine Ablehnung des historischen

Materialismus und der Kapitalkritik von Marx ist. Da diese Konzepte am Ende den

revolutionären Charakter und die Aufgaben des Subjekts in Gestalt der ArbeiterInnenklasse innerhalb des Kapitalismus umreißen, folgt daraus natürlich, dass die Autorinnen die ArbeiterInnenklasse als geschichtliche Trägerin des gesellschaftlichen Wandels ablehnen. Keine Passage fasst dies besser zusammen, als die, wo die Autorinnen, nachdem sie anerkannt haben, dass

ihr Manifest auf den Schultern von Marx und Engels steht, ihre Anerkennung sofort einschränken: „Da wir uns heute einer gespalteneren und heterogeneren

politischen Landschaft gegenüber sehen, ist es für uns nicht so einfach, uns eine weltweit geeinte revolutionäre Kraft vorzustellen.“ (S. 78)

## **Populismus**

Nachdem er so die Zentralität der Klasse im Kampf gegen den Kapitalismus beseitigt hat, ersetzt „Feminismus für die 99 %“ diese durch „einen Universalismus, der seine Form und seinen Inhalt aus der Vielzahl der Kämpfe von unten erhält“. Konkret wird dies durch eine aggregierte Masse von

sozialen Bewegungen verkörpert, die die „99 %“ repräsentieren. Die Autorinnen skizzieren die Konturen ihrer Allianz, indem sie sagen „Wir lehnen

nicht nur den reaktionären Populismus ab, sondern auch den fortschrittlichen

Neoliberalismus. Tatsächlich beabsichtigen wir unsere Bewegung genau dadurch

aufzubauen, dass wir das Bündnis mit diesen beiden aufkündigen“. (S. 72)

Die

Schreiberinnen berufen sich auf einen progressiven oder „antikapitalistischen“

Populismus, die politische Ideologie der Mittelschichten.

Ihr erklärtes Ziel ist es, die Frauenstreiks zu verstärken und Sympathie und Unterstützung zwischen der Frauenbewegung und anderen sozialen Kämpfen aufzubauen, um „sich jeder Bewegung anzuschließen, die für die 99 % kämpft“. Da die Autorinnen ihre antikapitalistische Strategie als ein Bündnis von sozialen Bewegungen definiert haben, die in verschiedenen Bereichen kämpfen, steht es ihnen frei, die Tugenden der verschiedenen Bewegungen nacheinander zu preisen, wobei sie der Frage ausweichen, wie sich die Bewegungen zueinander verhalten sollen, und sich stattdessen auf die Aufgaben von FeministInnen im Kampf um die soziale Reproduktion konzentrieren.

In der gesamten Broschüre gibt es eine Spannung zwischen dem Wunsch der Schreiberinnen, FeministInnen als FührerInnen dieser antikapitalistischen Allianz zu positionieren, und ihrer Neigung zu einem diffusen Horizontalismus. Manchmal wird die Frage „Werden dann Feministinnen an vorderster Front beteiligt sein?“ (S. 31) als entscheidend für den Erfolg ihres antikapitalistischen Aufstandes gestellt. Doch im gesamten Buch bleibt die Frage unbeantwortet, wer die kollektiven Aufgaben ihres so genannten „antikapitalistischen Aufstands“ festlegen oder leiten wird, und es gibt keine Diskussion über die Organisationsformen, die notwendig sind, um ein Bündnis so unterschiedlicher Bewegungen aufrechtzuerhalten. Das Zusammentreffen der Vielzahl von Bewegungen wird als eine spontane Annäherung von Subjekten vorgestellt: „Nur durch bewusste Bemühungen, Solidarität aufzubauen, durch den Kampf in und durch unsere Vielfalt, können wir die kombinierte Kraft erreichen, die wir brauchen, um die Gesellschaft zu transformieren“.

Obwohl wir mit

„Feminismus für die 99 %“ darin übereinstimmen, dass es wichtig ist, Solidarität zwischen den verschiedenen Bewegungen aufzubauen, ist unser Endziel

nicht nur, die Vielfalt zu feiern und voneinander zu lernen, sondern unsere Unterschiede zu überwinden und die große Vielfalt spontaner und themenspezifischer Bewegungen zu einer einzigen, facettenreichen Bewegung zu

vereinen, die sich ihres gemeinsamen Ziels bewusst wird. Das Ziel muss der Sturz des Kapitalismus sein, der notwendig sein wird, um eine dauerhafte Befreiung aller Ausgebeuteten und Unterdrückten zu erreichen, einschließlich

derer, die auf der Grundlage von Geschlecht, Gender und Sexualität unterdrückt

werden. Es ist gerade die politische Führung, die durch die Zusammenführung der

verschiedenen Elemente unter einem gemeinsamen Programm die politischen Ziele

der verschiedenen Bewegungen erhöhen und sie auf den Sozialismus ausrichten

kann.

Hier ist die Frage der Handlungsfähigkeit von größter

Bedeutung. Welche Gruppe kann sich vereinen und eine globale

antikapitalistische Bewegung anführen? Die Antwort, die der Marxismus gibt, ist

die ArbeiterInnenklasse – sowohl Frauen als auch Männer, die aus allen Nationalitäten und Rassen stammen. Ihr revolutionäres Potenzial ergibt sich aus

ihrer Rolle in der Produktion, durch die die Klasse die kollektiven Fähigkeiten

und das Ethos erwirbt, um sich gegen ihre AusbeuterInnen zu vereinigen.

Der

familiäre Rahmen spaltet und atomisiert, anstatt die Klasse zu vereinen, wenn er

vom Arbeitsplatz und der Gemeinschaft der ArbeiterInnenklasse getrennt ist.

Aber die Notwendigkeit unbezahlter und bezahlter Arbeit für die KapitalistInnen gibt den ArbeiterInnen und ihren Familien – als Klasse und nicht nur als Belegschaft – die Macht, sich zu wehren. Die ArbeiterInnenklasse hat gezeigt, dass sie wie keine andere Klasse ihre eigenen Organisationen aufbauen kann, und sie ist die einzige soziale Gruppierung, die eine sozialistische Revolution erfolgreich geführt hat. Kein heterogenes „Volk“, keine „Bewegung von Bewegungen“, die von Klassenunterschieden und Antagonismen zerrissen ist, kann diese ersetzen und die Agentur eines wirklich antikapitalistischen Projekts sein.

Indem sie die ArbeiterInnenklasse als universelles Subjekt innerhalb des Klassenkampfes ablehnen, weisen die Autorinnen das Ziel des Sozialismus zurück, d. h. die Übernahme der Staatsmacht durch die ArbeiterInnenklasse und die demokratische Planung der Wirtschaft. Da sie sowohl den bürgerlichen Feminismus als auch den Marxismus ablehnen, ist ihre Ideologie letztlich eine solche des kleinbürgerlichen Feminismus, der Klasse nur als eine von vielen Identitäten mit überlappenden und konkurrierenden Interessen sieht und daher unfähig ist, eine Einheit im Kampf zu schmieden. Ihr Machtanspruch kann nur ein allgemeiner „antisystemischer“ Linkspopulismus sein, in dem den 99 % – d. h. allen Bevölkerungsklassen, die durch die sozialen Bewegungen vertreten werden mit Ausnahme der MilliardärInnen – die zentrale Rolle zugeschrieben wird, aber notwendigerweise ohne ein gemeinsames Ziel, geschweige denn eine Strategie zur Erreichung dessen. Und genau hier, in der Frage der

Taktik und Strategie, zeigt sich die eklatanteste Schwäche des Buches.

## **Frauenstreiks**

„Feminismus für die 99 %“ stellt die Frauenstreiks als eine wesentliche Taktik für den Aufbau einer „neuen, nichtkapitalistischen Gesellschaftsform“ dar und argumentiert, dass sie die Vorstellung der Menschen von Streiks auf der ganzen Welt neu beleben können. In Übereinstimmung mit der eklektischen Methode der Autorinnen bleibt im Buch unklar, ob die Frauenstreiks als eine Protestbewegung aufgebaut werden sollten, um den halbautonomen Kampf für Reformen im Bereich der sozialen Reproduktion voranzutreiben, oder ob sie ein bewusster Versuch sind, den Kapitalismus zu schwächen.

Für MarxistInnen hat ein Streik eine spezifische Funktion als direkte Konfrontation zwischen ArbeiterInnen und Kapital. Durch den Streik berauben die ArbeiterInnen die Bosse ihrer Profite und versuchen durch die Androhung weiterer Störungen einige Zugeständnisse seitens der KapitalistInnen zu erreichen. Wenn ein Streik zu einer Massenstreikbewegung verallgemeinert wird, stellt sich die Frage, wer in der Gesellschaft die Macht. Unter den richtigen Bedingungen und unter der richtigen Führung kann sie der Auslöser für einen revolutionären Aufstand sein. Streiks am Arbeitsplatz haben diese störende Wirkung, weil der Rückzug der produktiven Arbeit die Produktion von Mehrwert behindert, der das Wesen des Kapitalkreislaufs ausmacht. Unbezahlte Arbeit im Haushalt bringt per Definition keinen Profit, daher ist ihre

Niederlegung kein direkter Schlag gegen das Kapital.

„Feminismus für die 99 %“ scheint diese Prämisse zu akzeptieren, wenn es sagt, dass die Rolle der Frauenstreiks darin besteht, „die unverzichtbare Rolle“ sichtbar zu machen, „die geschlechtsspezifische, unbezahlte Arbeit in kapitalistischen Gesellschaften spielt“ (S. 17). In Wirklichkeit werden die Frauenstreiks als eine Protestbewegung dargestellt und nicht als ein bewusster Versuch, Kapazitäten zur Störung der kapitalistischen Wirtschaft aufzubauen. Aber da „Feminismus für die 99 %“ keine Vorstellung von den Gesetzen und Grenzen des Kapitals hat, sondern nur „ehrgeizige Projekte der sozialen Transformation“, behauptet es, dass ein solcher Protest immer noch ein transformativer Akt sein kann, „vor allem durch eine Erweiterung der Vorstellung dessen, was überhaupt als Arbeit zählt“. (ebd.)

Obwohl der Marxismus beschuldigt wird, eine künstliche Aufteilung der Bewegung in den wirtschaftlichen und sozialen Kampf als getrennte Sphären aufrechtzuerhalten, begeht „Feminismus für die 99 %“ in Wirklichkeit den gleichen Fehler in umgekehrter Richtung, indem es versucht, den sozialen reproduktiven Kämpfen Vorrang einzuräumen. Die Autorinnen übertreiben zwar die Fähigkeit des Entzugs von sozialer reproduktiver Arbeit, den Kapitalismus zu stören, untergraben aber gleichzeitig das tatsächliche politische Potenzial der Frauenstreiks, indem sie ihre Funktion künstlich auf die einer Protestbewegung zur Hebung des feministischen Bewusstseins beschränken. Selbst die grundlegendsten politischen Forderungen, die auf eine Verbesserung der materiellen Position der Frauen in der Gesellschaft abzielen wie allgemeine kostenlose Kinderbetreuung und gleiche Bezahlung, fehlen auffallend außer in ihrer negativen Form, als Beispiele für Dinge, die der

Gesellschaft  
derzeit fehlen.

Tatsächlich kann die Nutzung der Rolle der Frauen in der kapitalistischen Wirtschaft als *Lohnarbeiterinnen* zur Organisation von Frauenstreiks die Grundlage einer Strategie zur Ausweitung der Bewegung sein, die eine größere Zahl von ArbeiterInnen - einschließlich Männern - in die Streiks hineinzieht. Einige der erfolgreichsten Frauenstreiks haben in Ländern stattgefunden, in denen sie von großen Gewerkschaften unterstützt wurden wie in Spanien und der Schweiz. Die Frauen hörten nicht nur mit der Hausarbeit auf, sondern verließen ihre Arbeit auf der Grundlage sozialer und wirtschaftlicher Forderungen: gleiche Bezahlung, soziale Absicherung der Kinderbetreuung, Beendigung der Schikanen am Arbeitsplatz und der häuslichen Gewalt.

Die Verbindung von sozialen und wirtschaftlichen Forderungen verleiht der Bewegung einen politischen Charakter und stellt Frauen an die Spitze eines Kampfes, der die Frage aufwirft, welches Sozialsystem all diese Forderungen gleichzeitig erfüllen und die Errungenschaften dauerhaft machen könnte. Wenn sich die Streiks am Arbeitsplatz ausbreiten, wird die Unterstützung von arbeitslosen Frauen, die zu Hause arbeiten, die Umwandlung der Bewegung in einen allgemeinen politischen Konflikt beschleunigen.

Wenn eine solche Bewegung erfolgreich wäre, würde sie zweifellos auf den Widerstand des bürgerlichen Staates stoßen. Dieser Punkt wäre ein entscheidender. Die Bewegung müsste sich entweder auf die Machtübernahme oder auf eine Niederlage vorbereiten. Auch über das Wesen des Staates schweigt „Feminismus für die 99 %“. Das Beste, was man daraus schließen kann, ist, dass der Staat irgendwie obsolet wird, wenn

verschiedene soziale Bewegungen eine bestimmte Schwelle des Radikalismus und der Zusammenarbeit überschreiten.

## Schlussfolgerungen

„Feminismus für die 99 %“ beginnt mit der Behauptung:  
„Die Organisatorinnen des huelga feminista [Frauenstreiks] bestehen darauf, dem Kapitalismus ein Ende zu setzen“ (S. 10). Doch trotz ihrer Rhetorik ist der Antikapitalismus der Autorinnen eher ein utopischer Anspruch als eine revolutionäre Strategie.

Wie soll der Kapitalismus beendet werden? Kein Streik – weder ein Streik, der die Produktion stoppt, noch einer, der in erster Linie eine Massendemonstration ist – kann dies allein erreichen. Massendemonstrationen von Frauen als Hausfrauen wie auch als Lohnarbeiterinnen sind als Beweis unserer potenziellen Macht von unschätzbarem Wert. Aber wenn diese wirklich auf der Beendigung des Kapitalismus „bestehen“ sollen, müssen sie sich zunächst in politische Streiks verwandeln, die bewusst eine Regierung und den Staat zur Kapitulation zwingen wollen und dann in einen Aufstand, eine Revolution.

Wenn der Streik wirklich ein wesentliches Element der Vorbereitung und ein potenzieller Katalysator für eine antikapitalistische Revolution ist – und tatsächlich ist er das –, dann muss die ArbeiterInnenklasse die zentrale oder führende Kraft darin sein. Sicherlich wird sie Verbündete aus anderen unterdrückten und ausgebeuteten Klassen brauchen, aber die ArbeiterInnenklasse muss die hegemoniale Klasse sein, weil der Kapitalismus historisch gesehen nicht ohne sie auskommt, während die

ArbeiterInnenklasse auf den Kapitalismus verzichten kann.

Nur die ArbeiterInnenklasse kann die Massenproduktion und -verteilung und damit auch die Reproduktion sozialisieren, die Frauen von der Hausarbeit im individuellen Familienhaushalt befreien und die jahrhundertealte Unterdrückung der Frauen beenden. Seit den Tagen von Marx und Engels haben die RevolutionärInnen erkannt, dass diese Ziele untrennbar miteinander verbunden sind:

*„Mit dem Übergang der Produktionsmittel in Gemeineigentum hört die Einzelfamilie auf, wirtschaftliche Einheit der Gesellschaft zu sein. Die Privathaushaltung verwandelt sich in eine gesellschaftliche Industrie. Die Pflege und Erziehung der Kinder wird öffentliche Angelegenheit; die Gesellschaft sorgt für alle Kinder gleichmäßig, seien sie eheliche oder uneheliche“.*<sup>3</sup>

Demzufolge müssen die revolutionären Ziele von Anfang an anerkannt und hervorgehoben werden und dürfen nicht hinter verwirrender populistischer Rhetorik oder in der Rede von Bündnissen unterdrückter Schichten

oder „Identitäten“ versteckt werden, von denen jede über ihre eigenen, nicht miteinander verbundenen Ideologien, Tagesordnungen und bereits bestehende

Führungen und Organisationen verfügt. Für antikapitalistische Frauen muss der

Ausgangspunkt die proletarische Frauenbewegung sein, an der Frauen sowohl als

Produktionsarbeiterinnen wie auch als Dienstleisterinnen im Haushalt teilnehmen. Als die Hauptorganisatorinnen im Bereich des Konsums, der Kinderbetreuung und der Bildung spüren Frauen die Auswirkungen der kapitalistischen Krise am unmittelbarsten. Es ist kein Zufall, dass sich in jedem großen Klassenkampf, der die engen Grenzen eines Tarifstreits überschreitet, Frauen organisiert haben.

Der Zweck der proletarischen, im Gegensatz zu einer

kleinbürgerlichen Frauenbewegung, liegt darin, Frauen in den Kampf für den Sturz des Kapitalismus zu ziehen, basierend auf einer Strategie für die revolutionäre

Machtergreifung der ArbeiterInnenklasse. Ihre Aufgabe ist es, politische Forderungen zur Beseitigung der materiellen Basis der Frauenunterdrückung zu

formulieren, die in jedem gesellschaftlichen Kampf auftauchen, der nach dem Prinzip handelt: kein Sozialismus ohne Frauenbefreiung, keine Frauenbefreiung

ohne Sozialismus!

Endnoten:

<sup>1</sup> Engels, Friedrich: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW 19, Berlin/O. 1974, S. 210

<sup>2</sup> Lenin, W. I.: Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung, LW 5, Berlin/O. 1955, S. 413

<sup>3</sup> Engels, Friedrich: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, MEW 21, Berlin/O. 1975, S. 77

---

**Islamische Bekleidung:  
Sexismus und Islamfeindlichkeit  
in den imperialistischen**

# Kernländern

Rebecca Anderson, Red Flag Großbritannien, *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 8, März 2020*

In den letzten zehn Jahren haben viele europäische Länder Frauen verboten, islamische Kleidung zu tragen. PolitikerInnen haben dazu tendiert, diese islamfeindlichen Gesetze als Integration oder Frauenbefreiung zu verkleiden und sie damit zu rechtfertigen, dass sie genau den Frauen zugutekommen, deren Rechte beschnitten werden.

Die Verbote sind von Land zu Land unterschiedlich und umfassen die Burka, die Kopf und Gesicht einschließlich der Augen bedeckt, den Niqab, der Kopf und Gesicht, aber nicht die Augen bedeckt, und den Hidschab oder das Kopftuch, das nur den Kopf bedeckt.

## Zunehmende Islamophobie

Der Rassismus gegen MuslimInnen in Europa und Nordamerika hat nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA, den darauf folgenden Invasionen im Irak und in Afghanistan sowie dem Syrienkrieg deutlich zugenommen. Mit der Invasion und Besetzung der Länder des Nahen und Mittleren Ostens kam der Terrorismus durch diejenigen auf, die sowohl durch den Konflikt selbst als auch durch die soziale Isolation und den Rassismus, denen sie als MuslimInnen in Ländern wie Großbritannien, Frankreich und den USA ausgesetzt waren, radikalisiert wurden.

Im Jahr 2019 richteten sich 47 Prozent der Hassverbrechen in Großbritannien gegen MuslimInnen. Frauen waren in der Regel die meisten

Opfer,  
wobei weiße Männer am ehesten als Täter in Frage kamen. In den USA gibt es ein ernstes Problem mit der beiläufigen Berichterstattung über Hassverbrechen, die ebenfalls nur langsam veröffentlicht werden, aber es gab eine 2000-prozentige Zunahme der Angriffe und solche Vorfälle verharren auf hohem Niveau.

## **Verbot der islamischen Kleidung**

In diesem Zusammenhang sind die Staaten dazu übergegangen, muslimischen Frauen das Tragen traditioneller islamischer Kleidung zu verbieten, was in der Bevölkerung breite Unterstützung findet. Eine 2016 in Großbritannien durchgeführte YouGov-Umfrage ergab, dass mehr als zwei Drittel der Bevölkerung ein Verbot der Burka unterstützten, wobei die 18-24-Jährigen die einzige Altersgruppe waren, die sich gegen ein Verbot aussprachen. Umfragen ergaben ein ähnliches Maß an Unterstützung für ein Verbot in Deutschland, jedoch eine Zweidrittelmehrheit gegen ein Verbot in den Vereinigten Staaten, was vielleicht eine historisch-kulturelle Opposition gegen die staatliche Einmischung in persönliche Angelegenheiten widerspiegelt.

Im Jahr 2011 war Frankreich bekanntlich das erste europäische Land, das Burkas und Niqabs verboten hat. Dasselbe Gesetz verbot Staatsangestellten, einschließlich Lehrerinnen, das Tragen von Hidschabs. Belgien folgte schnell dem Beispiel und verbot Burkas und Niqabs drei Monate später, während die Niederlande 2016 ein ähnliches Gesetz verabschiedeten.

Die deutsche Bundeskanzlerin Merkel hat sich für Verbote im Jahr 2016 ausgesprochen: „Der volle Gesichtsschleier ist unangemessen und

sollte verboten werden, wo immer es rechtlich möglich ist“. Die Hälfte der sechzehn deutschen Bundesländer hat Vorschriften eingeführt, die es muslimischen Lehrerinnen verbieten, ihr Haar oder ihr Gesicht zu bedecken. Österreich hat 2017 den Niqab und die Burka in Gerichten und Schulen verboten.

In Großbritannien hat der Staat das Recht der Frauen, ihr Gesicht oder ihre Haare zu bedecken, nicht eingeschränkt, erlaubt aber einzelnen Schulen, Verbote auszusprechen.

Eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen das französische Verbot ist gescheitert, und so wurde diese Behandlung muslimischer Frauen auf supranationaler Ebene gebilligt, so dass europäische Frauen keine weiteren Rechtsmittel gegen diese Verbote besitzen.

## **Die „feministische“ Verteidigung**

Das Verbot islamischer Kleidung hat bei den rechten FeministInnen Unterstützung gefunden, insbesondere in Frankreich. Diese Rechtfertigungen geben der Islamophobie einen feministischen Deckmantel und wurden von den GesetzgeberInnen aufgegriffen.

Der französische Präsident Nicolas Sarkozy sagte 2009: „Das Problem der Burka ist kein religiöses Problem, es ist ein Problem der Freiheit und der Würde der Frau. Sie ist kein religiöses Symbol, sondern ein Zeichen der Unterwürfigkeit und Entwürdigung. Ich möchte feierlich sagen, dass die Burka in Frankreich nicht willkommen ist. In unserem Land können wir keine weiblichen Gefangenen hinter einem Wandschirm aufnehmen, die von allem sozialen Leben abgeschnitten und jeder Identität beraubt sind. Das ist nicht unsere

Vorstellung von Freiheit.“

Die französische feministische Organisation, die Internationale Liga für Frauenrechte, betrieb beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte das Verbot von Niqabs und Burkas und schrieb: „Der Ganzgesichtsschleier, indem er [buchstäblich den Körper und] das Gesicht begräbt, stellt eine wahre Auslöschung der Frau als Individuum in der Öffentlichkeit dar... Wie kann man nicht sehen, dass das Tragen des Vollschleiers auch eine symbolische Gewalt gegenüber anderen Frauen darstellt?“

Die Wirkung dieses „Feminismus“ besteht darin, muslimische Frauen von der Arbeit zu verdrängen und sie auf der Straße unsicherer zu machen. Verbote geben RassistInnen, die muslimische Frauen missbrauchen oder angreifen wollen, mehr Auftrieb. Sie ermutigen KundInnen und KolleInngen, diejenigen herauszufordern, die islamische Kleidung tragen, und sie legalisieren die Entlassung muslimischer Frauen aus dem Arbeitsleben.

Nach der Verhängung des französischen Verbots von Niqabs und Burkas berichtete das französische Kollektiv gegen Islamophobie über einen Anstieg der Zahl der körperlichen Angriffe auf Frauen, die diese Kleidung tragen.

Die Logik dieser Verbote verweigert den muslimischen Frauen die Fähigkeit, eigene Entscheidungen zu treffen, politische Ideen zu entwickeln und sich zu organisieren. Muslimische Frauen werden als Opfer ihrer Familien und Gemeinschaften behandelt, und die Tatsache, dass sie nie um diese Verbote gebeten haben, wird nicht einmal in Betracht gezogen.

# Das Integrationsargument

Es ist auch nicht so, dass der Niqab und die Burka weit verbreitet sind. In Vorbereitung auf das Verbot der islamischen Kleidung in Frankreich, einem Land mit fünf Millionen MuslimInnen, hat die Regierung den Geheimdienst gebeten, Statistiken über die Anzahl der französischen Musliminnen zu erstellen, die diese Kleidungsstücke tragen. Als der Geheimdienst berichtete, dass weniger als vierhundert ihr Gesicht bedeckten, wurde er gebeten, erneut zu zählen, und kam mit einer Zahl von knapp zweitausend zurück.

MuslimInnen werden für die Diskriminierung gegen sie verantwortlich gemacht, und der Niqab und die Burka werden als Symbole für ein „Versagen“ bei der Integration hochgehalten. Es wird argumentiert, dass MuslimInnen, wenn sie sich besser integrieren würden, nicht mit rassischer oder religiöser Diskriminierung konfrontiert würden. Es ist jedoch die Diskriminierung, die der Teilnahme muslimischer Frauen am öffentlichen Leben Hindernisse in den Weg legt. In Großbritannien stellte der Ausschuss für Frauen und Gleichberechtigung fest, dass muslimische Frauen dreimal so häufig arbeitslos sind und nach Arbeit suchen.

# Marxismus, Sexismus und Islamfeindlichkeit

Als MarxistInnen erkennen wir natürlich den Sexismus, der der Idee innewohnt, dass Frauen sich „bescheiden“ kleiden sollten. Es ist nicht Sache der Frauen, sich zu kleiden, um sexuelle Belästigung zu vermeiden, sondern es ist Sache der Männer, sich zu entscheiden, nicht zu belästigen. Das

Christentum blickt auch auf eine lange Tradition zurück, in der Frauen ihre Haare aus Bescheidenheit bedecken, daher die Bekleidungsgebräuche bei Nonnen.

Religionen wie das Christentum und der Islam gründen auf den Geschlechterverhältnissen, wie sie vor Jahrhunderten bestanden, und während sie sich ständig an die Ideologien der derzeit herrschenden Klassen christlicher und muslimischer Länder anpassen, sind sie wie alle Religionen konservative Ideologien, die zur Rechtfertigung der Unterdrückung von Frauen in der Klassengesellschaft benutzt werden.

Das Verbot islamischer Kleidung schafft nicht nur ein feindseliges Umfeld für muslimische Frauen, sondern trägt auch dazu bei, Kriege im Nahen und Mittleren Osten und die Unterdrückung der muslimischen Bevölkerung imperialistischer Länder zu rechtfertigen, indem Muslime als einzigartig sexistisch dargestellt werden, die eine oft ghettoisierte Gemeinschaft „entfremden“.

Feministinnen, die die Verbote unterstützen, verleihen der rassistischen Politik, die die Unterdrückung der muslimischen Frauen verschlimmert, einen feministischen Deckmantel.

RevolutionärInnen sollten sich auch gegen die Verbote wenden, weil jedes Gesetz, das die individuelle Freiheit einschränkt, gegen Andersdenkende eingesetzt wird. Im Jahr 2012 benutzte die Polizei in Marseille die französischen verbotenen Burkas und Niqabs, um Frauen in Sturmhauben zu verhaften, die gegen die Verurteilung der russischen Punkband Pussy Riot protestierten. Die Verhaftung weißer Feministinnen war nicht die Absicht des Verbots, aber die Polizei wird immer alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen.

Die entscheidende Lösung für die Befreiung der muslimischen

Frauen ist die gleiche wie für alle Frauen: volle und uneingeschränkte Teilnahme am öffentlichen Leben. Dazu gehört alles, von der kostenlosen Kinderbetreuung über die gleiche Bezahlung zur Beseitigung der materiellen Basis der Frauenunterdrückung bis hin zur Bekämpfung von Belästigungen und der Bereitstellung von Zuflucht für Überlebende. Für muslimische Frauen gibt es auch spezifische Maßnahmen, und dazu gehören die Freiheit, islamische Kleidung zu tragen, und offene Grenzen, um die Superausbeutung von Menschen ohne Staatsbürgerschaft zu verhindern. Es muss auch anerkannt werden, dass der Rassismus, den muslimische Frauen erleben, sich mit dem Sexismus überschneidet, und der Kampf für die Befreiung der Frauen kann nicht vom Widerstand gegen imperialistische Kriege im Ausland und rassistische Maßnahmen zur Stigmatisierung der muslimischen Bevölkerung der imperialistischen Länder, insbesondere von MigrantInnen und Flüchtlingen, getrennt werden.

---

## **Feminismus in Pakistan**

Minerwa Tahir, Women's Democratic Front Lahore, *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 8, März 2020*

In den letzten Jahren ist der Aurat-Marsch zu einem der sichtbarsten Ausdrücke der Frauenbewegung in Pakistan geworden. „Aurat“ bedeutet Frau in der Urdu-Sprache. Seit 2018 ist in den großen Städten Pakistans das Phänomen des Aurat-Marsches zu beobachten - Frauen, geschlechtsspezifische Minderheiten, Männer und Kinder gehen auf die Straße und marschieren am Internationalen Tag der arbeitenden Frauen am 8. März.

## Wer beteiligt sich?

In zwei großen städtischen Zentren – Karatschi und Lahore – wurde der Aurat-Marsch von einem Bündnis hauptsächlich radikal-feministischer und liberal-feministischer Kräfte organisiert, darunter führende Persönlichkeiten von NGOs, die sich bereit erklärten, die Fahnen ihrer NGOs hinter sich zu lassen und sich unter dem einen Banner des Aurat-Marsches zu vereinen. Eine Organisatorin aus Karatschi sagte: *„Bei den Themen, mit denen Frauen heute konfrontiert sind, geht es um Gleichberechtigung im öffentlichen Raum, das Recht auf Arbeit, Sicherheit am Arbeitsplatz und vor allem um die Unterstützung durch eine Infrastruktur, während die vorherige Generation für politische Rechte kämpfte“* (Chughtai, 2019). In anderen Teilen wie Hyderabad und Islamabad organisierte die Demokratische Frauenfront (1), eine sozialistisch-feministische Organisation, die arbeitende Frauen aus städtischen und ländlichen Gebieten organisiert, den Aurat-Azadi-Marsch (2).

Einige der Forderungen dieses Marsches waren ein Ende der Gewalt gegen Frauen; eine Gesetzgebung, die die Rechte von Frauen und Transgender-Personen schützt; ein Mindestlohn und andere rechtliche Schutzmaßnahmen für den informellen Sektor; ein Ende der Privatisierung von und größere Investitionen in Gesundheit und Bildung, insbesondere für Frauen; Frauenwohnheime und Kindertagesstätten für die Kinder von arbeitenden Frauen; der Bau von Wohnungen für Leute mit niedrigen Einkommen und ein Ende der Kampagne gegen informelle Siedlungen; ein Ende der militärischen Operationen; die Rückkehr der vermissten Personen und eine politische Lösung des Belutschistan-Problems (Today, 2019). Auch ArbeiterInnenorganisationen und -verbände wie die Vereinigung weiblicher Arbeitskräfte im Gesundheitswesen (Chughtai, 2019) und die pakistanische Gewerkschaftsschutzkampagne (Today, 2019) unterstützten den Marsch und nahmen daran teil. Mit Ausnahme von Hyderabad war der Klassencharakter der Frauenmärsche in den großen städtischen Zentren Pakistans weitgehend mittelständisch. Während ein Teil der Gründe für das Fehlen von Führung der ArbeiterInnenklasse in der Frauenbewegung mit dem Versagen der Linken und dem Aufstieg der Rechten sowie alternativen antimarxistischen Diskursen zu tun hat, liegt ein weiterer wichtiger Grund dafür, dass so viele

Frauen aus der Mittelschicht sich für die Teilnahme an diesen Märschen entschieden haben, darin, dass der Status der Frauenrechte in Pakistan selbst für Frauen aus Nicht-ArbeiterInnenklassen-Hintergrund erbärmlich ist.

## **Lage der Frauen**

Vergewaltigung, Ehrenmorde, Säureangriffe, Zwangsheiraten, erzwungene Bekehrungen nicht-muslimischer Mädchen zum Islam, Kinderehen, sexueller Missbrauch und Belästigung sowie allgemeine geschlechtsspezifische Diskriminierung sind in der Gesellschaft weit verbreitet (HRW, 2019). Inzwischen gibt es weder nationale Gesetze, die geschlechtsspezifische Diskriminierung bei der Einstellung noch die geschlechtsspezifische Lohnunterschiede verbieten (Kirton-Darling, 2018). In ähnlicher Weise sind auch die Arbeitsgesetze in Pakistan diskriminierend gegenüber Frauen (Tribune, 2014). Im Allgemeinen hegt die Gesellschaft eine diskriminierende Einstellung gegenüber Frauen. Der jüngste Fall, in dem die nationale Universität für Wissenschaft und Technologie die Vergewaltigung einer Studentin leugnete, ist ein Zeugnis für diese Haltung (Dawn.com, 2019).

## **Sexualität**

Ein wichtiges Thema, um das sich der Aurat-Marsch dreht, sind Fragen der Sexualität. *„Mein Körper, meine Wahl“* war ein beliebter Slogan. Während man davon ausgehen kann, dass diese Frage in einigen demokratischen Ländern schon lange Teil des öffentlichen Diskurses ist, war und ist sie in Pakistan ein Tabuthema. Wie die gesellschaftliche Haltung sie geprägt hat, bleibt Sexualität eine Angelegenheit, die sich auf die privaten Grenzen des Schlafzimmers beschränkt und über die man, vor allem eine Frau, nicht spricht. Qandeel Baloch (Geburtsname: Fouzia Azeem), ein Star in den Sozialen Medien, die sexy Videos von sich selbst für den öffentlichen Konsum veröffentlichte, wurde schließlich von ihrem Bruder im Namen der „Ehre“ getötet. Wie Zoya Rehman schreibt, *„markiert der Aurat-Marsch einen wichtigen Moment in der Entwicklung des feministischen Widerstands im Land, in dem jetzt für eine neue Art von feministischer Praxis gekämpft wird, die in Fragen der sexuellen Autonomie und Handlungsfähigkeit ,das*

*Schweigen bricht' (John und Nair, 1998)“ (Rehman, 2019). Sexualität, ein Thema, über das aufgrund seines „privaten“ Charakters nie in der Öffentlichkeit gesprochen wurde, wurde durch den Marsch - vor allem im Jahr 2019 - aus der Enge des häuslichen und privaten Lebens herausgebracht und für die Öffentlichkeit offengelegt. Folglich startete der rechte Flügel Angriffe gegen die OrganisatorInnen und TeilnehmerInnen in den Massen- und sozialen Medien. Es wurden Todes- und Vergewaltigungsdrohungen ausgesprochen (Reuters, 2019). Unterdessen griffen reaktionäre Schichten innerhalb der pakistanischen Linken zu einem ähnlichen Ansatz, wobei die Belutschistan-Sektion der Awami-ArbeiterInnenpartei (AWP) den Aurat-Marsch ablehnte (Jafri, 2019). In ähnlicher Weise tauchte die Politik der Reaktion innerhalb der feministischen Bewegung in Form der bekannten feministischen Dichterin Kishwar Naheed auf, die die radikalen Botschaften bezüglich der Sexualität kritisierte, die auf den Plakaten des Aurat-Marsches standen. Sie sagte, dass *„Feministinnen ihre Kultur und Traditionen im Auge behalten sollten, um nicht wie ‚Dschihadis‘ auf Abwege zu geraten“* (Images, 2019).*

Sadia Khatri kritisierte Frauen, die sich gegen die radikalen Plakate aussprachen, und schrieb, dass diese Art von Vorwürfen *„verwirrender, ja sogar verletzend ist, wenn sie von anderen Frauen kommt“* (Khatri, 2019). Ich kann das Gefühl zwar nachempfinden, aber der Vorwurf überrascht mich wirklich nicht. Es ist schließlich die Politik der Menschen, nicht ihr Geschlecht oder andere Identitäten, die ihre Einstellung zu einem gesellschaftlichen Phänomen bestimmt. Auch der Gegenmarsch zum Aurat-Marsch wurde von rechten Frauen angeführt, nicht von Männern.

Die Sexualität während des Frauenmarsches aus der privatisierten Sphäre des Hauses herauszuholen, stellte eine radikale Errungenschaft der Frauenbewegung in Pakistan dar. Die Belutschistan-Sektion der Awami Workers Party lehnte den Aurat-Marsch mit der Begründung ab, dass die auf dem Marsch erhobenen Parolen nichts mit den Frauen der ArbeiterInnenklasse oder ihrem Kampf zu tun hätten. Diese Aussage spiegelt nicht nur eine Abtrennung von der Frauenbewegung wider, sondern zeigt auch, wie isoliert die Sektion der AWP in Belutschistan von den Kämpfen der

Arbeiterfrauen in Pakistan ist. Wenn man mit berufstätigen Frauen in der Realität interagiert, erzählen sie uns davon, dass *„nicht jede aus Freude und Entscheidung die vollverschleierte Burka trägt“*.

Natürlich kann es vorkommen, dass Schichten der Klasse, die aufgrund der zusätzlichen Belastung durch die reproduktive Arbeit atomisiert bleiben, der Interaktion und Organisation mit ihrer Klasse beraubt werden und somit den Vorstellungen der Reaktion zum Opfer fallen. Aber mit der sich zunehmend vertiefenden Wirtschaftskrise in Pakistan, insbesondere nach dem IWF-Deal, können es sich Frauen, die mit Männern aus der Arbeiterklasse verheiratet sind, nicht mehr leisten, nur reproduktive Arbeit zu leisten. Sie werden aus dem Haus gedrängt, um Arbeit zu finden, um die ArbeiterInnenfamilie zu ernähren. Während dies schon seit langem der Fall ist, da die Wirtschaft des halbkolonialen Landes weitgehend instabil geblieben ist, haben die Klauseln des IWF zu schlechteren Bedingungen für die arbeitenden Armen geführt (Arshad, 2019). Selbst wenn es sich bei diesen Jobs um niedrigere Tätigkeiten handelt, wie z. B. die Arbeit als Haushaltshilfe in Haushalten der Mittelschicht, bieten sie diesen Frauen eine gewisse Möglichkeit, sowohl mit ihrer eigenen Klasse als auch mit dem/r KlassenfeindIn zu interagieren. Es überrascht daher nicht, dass eine Hausangestellte, die eine halbverschleierte Niqab trägt, bei einem Treffen mit anderen berufstätigen Frauen sagte, dass *„nicht jede die Burka aus Freude und Entscheidung trägt“*.

Diejenigen pakistanischen Linken, die Sexualität und andere Aurat-Marsch-Themen immer noch nicht als wichtige Themen für das Leben arbeitender Frauen sehen, sollten sich einige grundlegende Fragen stellen. Wenn die arbeitende Frau die Freiheit, Zeit und Geld hätte, sich wie Frauen der Mittelschicht zu kleiden, würde sie das nicht tun? Wenn sie die Freiheit, die Zeit und das Geld hätte, würde sie sich nicht romantischen/sexuellen Affären hingeben wollen, wie es Frauen aus privilegierten Schichten in diesem Land tun? Wenn es für sie keine Frage mehr wäre, jeden Tag etwas „Khana“ [Essen] für ihre Familie zu bekommen, wie es für Frauen aus der Mittelschicht der Fall ist, würde sie sich dann nicht auch wünschen, dass ihr männlicher Partner gleichberechtigt an der Zubereitung dieser Mahlzeiten

teilnimmt? Diese Fragen machen deutlich, wie arbeitende Frauen durch die wirtschaftlichen Bedingungen gezwungen sind, bestimmte Themen als Hauptanliegen zu behandeln. Dies spiegelt jedoch keineswegs wider, dass arbeitende Frauen nicht an Fragen der sexuellen Befreiung interessiert sind.

## **Was für eine Bewegung brauchen wir?**

Unterdessen ist eine andere Idee, die in bestimmten radikalen Schichten der Frauenbewegung in Pakistan vorherrscht, dass wir eine klassenübergreifende feministische Bewegung brauchen. Die Befürworterinnen dieser Ansicht argumentieren, dass dies ein „inklusive“ Ansatz sei, da er es Frauen aus allen Klassen ermöglicht, sich zusammenzufinden, um gegen einen gemeinsamen Feind, nämlich das Patriarchat, zu kämpfen und die Gleichberechtigung zu erlangen. Nehmen wir eine der Forderungen, die von radikalen Feministinnen erhoben wurden. *„Gleichheit beim Zugang zu öffentlichen Räumen“*.

Nehmen wir an, dass diese Forderung nun gewonnen ist. Die Frau aus der ArbeiterInnenklasse wird die formale Gleichheit beim Zugang zu öffentlichen Räumen haben, aber genau wie ihr männlicher Kollege aus der ArbeiterInnenklasse hat sie diese Freiheit als jemand, der immer noch 12 Stunden am Tag arbeitet, dessen Kinder unterernährt sind und denen es an guter Bildung mangelt, der der Zugang zu guter Gesundheitsversorgung verwehrt wird und deren Familie an neun von zehn Tagen immer noch hungrig schläft. In der Praxis bedeutet dies eine Krise der Führung der ArbeiterInnenklasse und der Organisation der unabhängigen Klassenpolitik, die eine wesentliche Schwäche der feministischen, antirassistischen und ökologischen Bewegungen in der ganzen Welt darstellt.

Außerdem, was bedeutet eine „klassenübergreifende Bewegung“ überhaupt? Dass sie die Interessen aller Klassen vertritt? Würde sie dann auch ein „klassenübergreifendes Programm“ haben? Ob so etwas jemals praktisch durchführbar ist oder nicht, sicher ist, dass eine klassenübergreifende Bewegung kein Programm für die ArbeiterInnenklasse haben wird. Und das liegt daran, dass die Interessen der ArbeiterInnenklasse mit denen anderer Klassen unvereinbar sind. Die ArbeiterInnenklasse verfügt über kein

Privateigentum an den Produktionsmitteln. Unabhängig davon, ob diese Klasse sich dessen schon subjektiv bewusst ist oder nicht, liegt ihr objektives Interesse in der Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und seiner Ersetzung durch gesellschaftliches Eigentum. Dieses Interesse steht offensichtlich im Widerspruch zu dem der Klassen, deren Quelle von Reichtum und sozialem Status das Privateigentum bildet. Wie Clara Zetkin prägnant zusammenfasst:

*„Es gibt eine Frauenfrage für die Frauen des Proletariats, der Bourgeoisie, der Intelligenz und der oberen Zehntausend. Sie nimmt je nach der Klassensituation jeder dieser Schichten eine andere Form an“*

*(Zetkin, 1896)*

## **Wie beeinflusst dies die Bewegung?**

Wie beeinflusst dies die Bewegungen dann? In der bürgerlichen Gesellschaft ist jede klassenübergreifende Bewegung verpflichtet, die Interessen der ArbeiterInnenklasse (die mit der strategischen Aufhebung der unterdrückenden Arbeitsteilung im Hinblick auf die produktive und reproduktive Arbeit verbunden ist) den begrenzten Zielen der bürgerlichen Feministinnen unterzuordnen. Das bestmögliche Ergebnis einer klassenübergreifenden Bewegung ist, dass die begrenzten Forderungen nach formaler Gleichheit zwischen Männern und Frauen erfüllt werden. Berufstätige Frauen werden formell gleichberechtigt sein wie ihre bürgerlich-feministischen Kolleginnen, aber sie werden es als Frauen sein, die immer noch 12 Stunden am Tag arbeiten und keinen Zugang zu Gesundheitsversorgung oder Sozialleistungen haben. Sie werden formellen Zugang zu allen Bereichen des öffentlichen Lebens haben ebenso wie ihre männlichen Partner aus der ArbeiterInnenklasse, die ebenfalls kein Geld oder keine Zeit haben, um diese Bereiche faktisch zu betreten. Diese arbeitenden Frauen werden im Namen einer klassenübergreifenden Bewegung für die individuellen Rechte und Freiheiten der bürgerlichen Feministinnen kämpfen. Um noch einmal Zetkin zu zitieren: *„Wir dürfen uns nicht von*

*sozialistischen Tendenzen in der bürgerlichen Frauenbewegung täuschen lassen, die nur so lange anhalten, wie sich die bürgerlichen Frauen unterdrückt fühlen“ (Zetkin, 1896).*

## **Was braucht es?**

Dieser Ansatz „*klassenübergreifender*“ Bewegungen versäumt es, die Wurzel der geschlechtsspezifischen Unterdrückung zu untersuchen. In der heutigen Klassengesellschaft verortet der revolutionäre Marxismus die Ursprünge der geschlechtsspezifischen Unterdrückung in der öffentlich-privaten Kluft, in der der Mann in der öffentlichen „produktiven“ Sphäre arbeitet, während die Frau für die „reproduktive“ Arbeit verantwortlich ist. Diese Kluft ist notwendig, damit der Kapitalismus sich selbst erhalten kann, weshalb unsere Bewegungen antikapitalistischer Natur sein müssen. Um effektiv zu sein, müssen sie auch die Krise der Führung der ArbeiterInnenklasse überwinden. Und diese Krise kann solange nicht überwunden werden, bis und wenn die ArbeiterInnenklasse der radikalen Kleinbourgeoisie die Throne streitig macht, an denen sie seit Ewigkeiten festhält.

In einer Zeit, in der Identitätspolitik, Postmoderne und alle Arten von Ideologien, die nicht zum Sturz des kapitalistischen Systems führen, auf der ganzen Welt vorherrschen, gibt es einen Hoffnungsschimmer in bestimmten Schichten der pakistanischen Frauenbewegung. Die Demokratische Frauenfront (DFF), eine unabhängige Organisation, die arbeitende Frauen in städtischen und ländlichen Gebieten Pakistans organisiert, hat einige revolutionäre Forderungen, deren wichtigste die Forderung nach einer Vergesellschaftung der reproduktiven Arbeit ist. Während die derzeitige Führung in den meisten Sektionen aus der mittleren/unteren Mittelschicht stammt, bemüht sich die Organisation darum, arbeitende Frauen in die Führung zu bringen. In Lahore, wo ich die Vorsitzende bin, wurde vor kurzem eine Sektion der DFF gegründet, die hart daran arbeitet, ihre Wurzeln in den ArbeiterInnenvierteln zu stärken, um die Entstehung eines weiblichen Kaders aus diesen Gebieten vorzubereiten.

Wir arbeiten in den Vierteln der Hausangestellten und HeimarbeiterInnen und versuchen, sie zu organisieren. Diese Frauen erzählten uns, wie sich die

steigende Inflation auf ihr Leben auswirkt und sie darum kämpfen, ihre Familien zu ernähren. Eine wichtige revolutionäre Forderung in diesem Szenario könnte die Einrichtung von Preiskomitees unter der Leitung von Frauen sein. Es besteht Hoffnung und Potenzial für die Entstehung einer weiblichen Führung der ArbeiterInnenklasse, wenn sich die DFF konsequent einer solchen Aufgabe widmet. Sie ist besonders entscheidend in einer Zeit, in der Kämpfe in verschiedenen frauenzentrierten Sektoren wie dem Gesundheits- und Bildungswesen auftauchen. Lahore, eines der städtischen Zentren Pakistans, birgt das Potenzial der Entstehung einer ArbeiterInnenbewegung. Ebenso birgt es das Potenzial für kleinbürgerlichen Radikalismus, gewerkschaftlichen Opportunismus und Reformismus sowie Zentrismus. Wenn es der DFF ernst damit ist, eine Führung der arbeitenden Frauen in der größeren ArbeiterInnenbewegung zu installieren, wird sie sich darauf vorbereiten müssen, solche Übel zusammen mit dem Kampf gegen den/die KlassenfeindIn und das Patriarchat zu bekämpfen.

*Endnoten:*

<sup>1</sup> *Die Demokratische Frauenfront (DFF) wurde ursprünglich von der Awami-ArbeiterInnenpartei (AWP) als ihre „Frauenfront“ gegründet. Die AWP ist bei Weitem die mitgliederstärkste linke Partei in Pakistan. Die DFF ist jetzt eine unabhängige Organisation. Die AWP spielt weder eine Rolle noch übt sie Einfluss auf Entscheidungen oder Strukturen der DFF aus. Natürlich sind Doppelmitglieder vertreten, die sowohl in DFF wie AWP organisiert sind. Die Autorin ist ein solches.*

<sup>2</sup> *Azadi heißt auf Urdu Freiheit.*

---

# Frauen in China: die „Verliererinnen“ des Aufschwungs?

Resa Ludvigen, Unterstützerin Revolution Deutschland, *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung* Nr. 8, März 2020

Die Situation von und für Frauen in China hat sich in den letzten Jahren sehr verändert, was vor allem daran liegt, dass es eine Neuorientierung der chinesischen Politik mit der Wahl Xi Jinpings zum Staatspräsidenten gab. Doch schaut man sich die Entwicklungen der letzten 100 Jahre an, erscheinen die Veränderungen -Kämpferinnen im Krieg, wichtiger Teil der chinesischen Planwirtschaft, zurück an den Herd verdammt - besonders gravierend.

Gerade Frauen, die nach der neuen chinesischen Politik nicht (mehr) ins Weltbild passen, haben es in China immer schwerer. Dazu gehören nicht nur weiterhin Aktivist\_Innen für Frauenrechte, solche, die der heteronormativen Norm entsprechen, sondern auch zunehmend muslimische Frauen sowie Frauen, die selbst über ihre Zukunft entscheiden wollen und deswegen keine Familie oder Kinder anstreben oder selbst einen Anteil am chinesischen Aufschwung einfordern. Man könnte daher glatt die Frage in den Raum stellen, ob sie nicht die „Verliererinnen“ des Aufschwungs und der Politik Xi Jinpings sind und zukünftig auch sein werden.

Doch zunächst muss geklärt werden, woher die heutigen Besonderheiten Chinas herrühren. Genauso wie in anderen (Groß-)Reichen,

vor

allem in Asien, gab es in China eine andere Form der vorkapitalistischen Wirtschaft als Antike bzw. Feudalismus. Marx und Engels nannten sie asiatische

Produktionsweise, doch kam sie auch in anderen Erdteilen vor (z. B. Mittel- und Südamerika). Auffällig ist, dass der „Staat“, sprich der jeweilige Herrscher und seine Beamten, eine wichtige Rolle in Produktion und Handel spielte. Gründe für diese starke Stellung waren die Größe der damaligen Flächenstaaten, aber auch klimatische Verhältnisse, die stets zwischen Dürre und Überschwemmungen schwankten und deshalb eine zentrale Bewässerungswirtschaft erforderten. Um Anbau von Nahrung und Produktion anderer

Güter zu ermöglichen, brauchte man zuverlässige Verantwortliche, die sich u. a. um das Bewässerungssystem des Landes kümmern. Kein Wunder also, dass

sich in diesen Ländern eine starke bürokratische Elite entwickelt hat, die die Produktionsmittel verwaltete. Im alten Ägypten waren es die Pharaonen und die

Priesterkaste und im vormodernen China der Kaiser und seine Beamten (Mandarine). Allerdings konnten dies nur Männer werden, genauer gesagt Männer

aus reichen Familien. Ein solcher Posten bedeutete nicht nur sozialer Aufstieg,

sondern natürlich auch Macht. In den Quellen aus der Vormoderne spielen Frauen

in China nur eine geringe Rolle, weswegen wir heute vor allem die erniedrigende

Praxis des Füße Bindens mit ihrer Stellung in Verbindung bringen. Allerdings ist gewiss, dass trotz des patriarchalen Systems Frauen aus der Klasse der Bäuerinnen und Bauern stark am Produktionsprozess in Haus und Hof sowie auf den

Feldern beteiligt waren.

# Zwischen Fortschritt und Rückschritt

Als 1949 die Volksrepublik China gegründet wurde, wurde die Gleichheit zwischen Männern und Frauen in der Verfassung niedergeschrieben.

Nicht nur, weil jene, die sich selbst als Kommunist\_Innen sehen, wissen, dass ein Sozialismus nur mit Frauenbefreiung einhergehen kann, sondern auch, weil

sie beim Aufbau des neuen Staates gebraucht wurden. Natürlich war auch damals

die Frau gesellschaftlich noch nicht gleichgestellt, sodass in der Verfassung mehr ein Ziel formuliert wurde, als es je unter der Herrschaft der KP Chinas Wirklichkeit wurde. Doch 70 Jahre später und nach der ab Ende der 1970er Jahre

eingeleiteten wirtschaftlichen Neuorientierung, die zwar den Lebensstandard insgesamt gehoben hat, hat sich die Lage der Frau in den letzten Jahren verschlechtert.

Ab dieser Zeit wurde die Restauration des Kapitalismus in der VR China eingeleitet. Dieser spielte ab Beginn der 1990er Jahre wieder die

bestimmende Rolle im Land. Schon vor der letzten Weltwirtschaftskrise war China

in die Reihen der imperialistischen Großmächte aufgerückt, was sich heute im

Hauptkonflikt zwischen China und den USA niederschlägt. Davor, seit dem Korea-Krieg, war die VR China ein von Beginn an bürokratisch degenerierter ArbeiterInnenstaat ähnlich der UdSSR, Osteuropa, Nordkorea und Kuba. Die Mehrheit der Bevölkerung stellte aber bei Weitem die Bauern- und Bäuerinnenschaft.

„Gender Pay Gap“, die Lohnschere zwischen Männern und Frauen, spielt auch in China eine Rolle. War China 2008 noch auf Platz 57, was diese Ungleichheit angeht, lag sie im Jahr 2017 nur noch auf Platz 100. Noch

schlechter schnitten Frauen mit Kind in China ab. Ist der Negativmaßstab 42 %

weniger Lohn für Mütter, beträgt er für kinderlose Frauen immerhin 37 %.

Und dies, obwohl es mittlerweile eine Vielzahl von sehr gut ausgebildeten Frauen in China gibt. Diese Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt führt dazu,

dass Frauen entweder in die ökonomische Abhängigkeit von ihrem Ehepartner

gedrängt werden, der sie aufgrund fehlenden Geldes nur schwer wieder entfliehen

können, oder aber in die Schwarzarbeit, zu menschenunwürdigen Bedingungen. Letzteres

trifft gerade auf arme Frauen und den Großteil der weiblichen Landbevölkerung

zu - eine Gruppe, die, wenn sie in die Städte geht, um Arbeit zu suchen, in China sowieso schon unabhängig vom Geschlecht kriminalisiert ist.

Die Restauration des Kapitalismus seit Mitte der 1970er

Jahre hat sich also negativ ausgewirkt. Die Bestrebungen Xi Jinpings, China zur

weltweit dominierenden imperialistischen Macht zu machen, also den USA ihren

Rang abzulaufen, haben ihr Weiteres dazu getan. Sein nationalistisches und militärisches Programm ist dabei ebenso zu nennen wie seine neue

Wirtschaftspolitik. Die chinesische Wirtschaft wird heute vor allem von Industrie und vom Dienstleistungsgewerbe dominiert. Allerdings verlagert China

seine Produktion zunehmend in afrikanische Länder und nach Südostasien, nicht

nur weil es dort lukrativer ist, sondern auch, um im Kampf um die Neuaufteilung

der Welt sein Einflussgebiet zu vergrößern. Mittelfristig wird dies gerade jene

Frauen treffen, die durch die Restaurationspolitik eine Arbeit in der kapitalistisch

umstrukturierten Industrie annehmen mussten und deren Arbeitsplätze in China wegfallen werden.

## **Frauenbewegung in der VR China**

Schaut man sich ein Bild vom letzten Parteitag der chinesischen Kommunistischen Partei an, sieht man.....Männer. Dieses Bild steht sinnbildlich für die Rolle der Frau in den Augen der KP im Jahr 2019.

Auch die offizielle Frauenorganisation kann dieses Missverhältnis nicht aufheben und möchte es auch nicht. Doch eine unabhängige Organisierung in China ist schwierig, da es weder Presse- noch Versammlungsfreiheit gibt, geschweige denn das Recht, sich legal zu organisieren.

In den letzten Jahren gab es immer wieder Proteste von Frauen. Insbesondere die Themen häusliche und sexualisierte Gewalt spielten dabei eine wichtige Rolle. Im Jahr 2017 rangierte China auf einem der letzten Plätze, wenn es um „Überleben und Gesundheit“ von Frauen geht. Kein Wunder, dass es die #Me-Too-Bewegung sogar bis nach China geschafft hat. Über Tausende beteiligten sich und Hunderte Millionen Menschen (Vergleich: Deutschland hat nicht einmal 100 Millionen Einwohner\*innen) teilten die Beiträge von Frauen, die über ihr Erlebtes berichteten. Über 70 % der chinesischen Frauen gaben an, schon einmal sexuell belästigt worden zu sein. Dennoch geht man von einer noch höheren Dunkelziffer aus. Nach einer solchen Umfrage musste das

zuständige

Institut in Guangzhou (Kanton), das zu Gleichberechtigung forschte, seine Arbeit einstellen. Außerdem wurden in sozialen Medien die Accounts von Aktivist\_Innen gesperrt. Daran erkennt man, wie sehr dem Staat dieses Thema ein Dorn im Auge ist.

Auch die 37-tägige Inhaftierung der sog. „Feminist Five“ Li Maizi, Zheng Churan, Wei Tingting, Wu Rongrong und Wang Man im Jahr 2015

bestätigt dies. Man versucht, durch solche Aktionen die Aktivist\_Innen nicht nur zum Schweigen zu bringen, sondern auch durch das Abschneiden von der Öffentlichkeit in Vergessenheit geraten zu lassen. Doch gerade Aktivist\_Innen

wie Li Maizi macht man nicht so leicht mundtot. Sie engagiert sich nicht nur für Frauenrechte in China, sondern stellt auch ein Bindeglied zur kriminalisierten LGBTIQ-Community her. Diese wiederum hat viele weibliche Aktivist\_Innen und nicht nur solche, die selbst Teil der Community sind. Auch viele Mütter, die sich gegen die Entkriminalisierung ihrer Kinder einsetzen, beteiligen sich am Protest.

## **Was tun die Gewerkschaften für chinesische Frauen?**

Im Grunde kann man sagen, dass die einzige legale Gewerkschaft (Allchinesischer Gewerkschaftsbund; ACGB) mit über 300 Millionen

offiziellen Mitgliedern keine Gewerkschaft im eigentlichen Sinne darstellt. Sie

ist weder in den Betrieben verankert noch vertritt sie die Interessen der Arbeiter\_Innen.

Auch ist ihre Führung durch den Staat eingesetzt und somit nicht frei gewählt.

Insgesamt besteht die Strategie Pekings darin, Protest zu entpolitisieren.

Dennoch gab es einen Anstieg von Arbeitskämpfen in China in den letzten 30 Jahren, was mit seiner Entwicklung zu einem wichtigen Player des kapitalistischen Systems zusammenhängt. Gerade der Südosten Chinas hat viele Kämpfer\_Innen hervorgebracht. So gab es bspw. seit 2008 immer wieder Streiks im Reinigungsbereich. Angeführt wurden diese von Frauen. Auch in China ist dies ein Sektor, in dem gerade Menschen arbeiten, die sonst keine bessere Jobperspektive haben wie Alte, Arme, Migrant\_Innen und Frauen. Im Jahr 2014 wurde das Guangzhou's Higher Education Mega Center, das 200.000 Studierende umfasst, von den Arbeiter\_Innen der Putzfirma bestreikt. Von Anfang an verbanden sie Migrant\_Innen und Frauen durch Selbstorganisierung. Sie wählten sogar 18 Vertreter\_Innen, von denen 5 zugelassen waren, für Gespräche mit der Firma. Ebenso solidarisierten sich Hunderte Studierende. Diese Arbeitskämpfe bilden einen wichtigen Pol, um den herum sich der Aufbau vom Staat unabhängiger, klassenkämpferischer und antibürokratischer Gewerkschaften vollziehen kann, die überdies weit mehr Schichten als die ArbeiterInnenaristokratie organisieren müssen und können.

## **Innere Widersprüche und die Stellung der Frau in China**

Wie in allen anderen Kulturkreisen gibt es auch in China historische Begebenheiten und Vorstellungen, die die Stellung von Frauen sowie das Miteinander der Gesellschaft bis heute prägen. In Ostasien ist das u. a. die Philosophie des Konfuzianismus.

Allerdings war eines der einschneidendsten Erlebnisse für

Frauen in der jüngeren Vergangenheit vor allem die Ein-Kindpolitik ab 1979, die vor ein paar Jahren abgeschafft wurde. Familien durften nur ein Kind bekommen (mit Ausnahmen u. a. auf dem Land, da dort die Arbeitskraft benötigt wurde) und Mädchen wurden in großer Zahl getötet. Gründe dafür sind nicht nur das Prestige, dass ein Junge und späterer Erbe mit sich brachte, sondern auch die Tatsache, dass Mädchen, um zu heiraten, ihre Familien verlassen würden und sich somit nicht um die Eltern kümmern könnten. Heute kommen ca. 100 Frauen auf 121 Männer. Die Auswirkungen hiervon sind Raub an jungen Mädchen in China und angrenzenden Ländern sowie eine Konzentration unverheirateter Männer in armen Provinzen.

Am Beispiel Hongkong kann man viele Widersprüche innerhalb der chinesischen Gesellschaft ab der Phase der Restauration erkennen und beschreiben. Hier ist der Konflikt zwischen kapitalistischen Bestrebungen und Frauenbefreiung täglich sichtbar, die Probleme der doch nicht so gleichgestellten Frau treten offen zu Tage.

Hongkong ist für viele Chines\_Innen das Ziel ihrer Träume. Die ehemalige britische Kronkolonie, heutige bedeutender Finanzstandort, verspricht der armen Bevölkerung auf dem Land Arbeit und ein besseres Leben. Doch kann die Stadt dieses Versprechen nicht halten. Dennoch ist dies eine Frage, die nur wenige von den immer wieder aufkeimenden und aktuell stattfindenden Protesten aufgreifen. Etwa die Hälfte aller Demonstrant\_Innen bei den weiterhin anhaltenden Protesten sind Frauen. Unabhängige Frauengruppen- und -initiativen haben sich herausgebildet. Dennoch: Veraltete Rollenbilder von Frauen, die

schweigen und sich gefälligst mit nichts außerhalb des privaten Raums beschäftigen sollen, gibt es natürlich nicht nur in Europa, sondern auch in Ostasien. Um Frauen daran zu erinnern, wo aus patriarchaler Sicht ihr Platz ist, greifen Polizist\_Innen in Hongkong zu einer ganz besonderen Form der Gewalt: sexualisierter Gewalt. Ungefähr jede fünfte Frau, die festgenommen wurde, berichtet von sexueller Belästigung und Gewalt durch die Polizei. Die Bewegung reagierte mit Demonstrationen dagegen, die von Tausenden besucht wurden. Und nicht nur Frauen solidarisieren sich, auch Männer. Ein kleiner Anfang.

## **Proletarische Frauenbewegung jetzt!**

Die #Me-Too-Bewegung hat den Bedarf, den es auch in China gibt, gezeigt. Jetzt gilt es, praktische Maßnahmen zu ergreifen. Es braucht nicht nur eine Selbstorganisation, sondern aufgrund der hohen Zahlen an häuslicher und sexualisierter Gewalt organisierten Selbstschutz. Doch eine Organisation der Frauen ist nur möglich, wenn man einerseits trotz all der Repression immer wieder Öffentlichkeit für die Themen schafft und andererseits die Herausforderung angeht, trotz überwachter sozialer Medien, Frauen über größere Entfernungen hinweg zu organisieren, egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Hier kann allerdings von der Queerbewegung gelernt werden, die es seit Jahren immer wieder erfolgreich schafft, sich zu organisieren und auch Treffen zu abzuhalten. Der Gebrauch von dafür genutzten Tarninternetseiten sollte aber dabei dem Verkehr über WeChat vorgezogen werden.

Die Perspektive, die eine chinesische Frauenbewegung braucht sind nicht nur praktische Antworten auf Diskriminierung, sexualisierte

Gewalt

und Repression, sondern auch eine Verbindung der Kämpfe mit anderen Betroffenen

der chinesischen Politik, sprich eine internationalistische Perspektive. Ebenso

darf man nicht vergessen, dass derzeit viele der Aktivist\_Innen aus der gebildeten Schicht in den Großstädten stammen. Auf die Interessen von proletarischen

Frauen muss daher dringend eingegangen werden. Eine Verbindung einer chinesischen Frauenbewegung mit der von Peking stillgehaltenen Arbeiter\_Innenbewegung

ist unabdinglich. Alles andere als eine solche proletarische Frauenbewegung würde

auch darüber hinwegtäuschen, dass die Auswirkungen der neuen Politik und der

patriarchalen Gesellschaft Chinas gerade Arbeiterinnen trifft. Sie werden von ihren Familien getrennt und kriminalisiert, weil sie versuchen, in den Städten Arbeit zu finden. Sie sind es, die aufgrund schlechter Ausbildung und Jobs der

häuslichen Gewalt nicht entfliehen können und auch zunehmend ihre Jobs verlieren werden, wenn China die Produktion weiter ins Ausland verlagert.

Gleichzeitig sind nur sie zahlenmäßig und von ihrer Klassenstellung her im Unterschied zu (bildungs-)bürgerlichen und Mittelschichten dazu in der Lage,

durch Streiks, v. a. gemeinsame mit ihren männlichen Kollegen, und weitere Mittel die chinesische Gesellschaft in Bewegung zu setzen und für die Befreiung

der Frau einzutreten.

Kommunistinnen müssen an vorderster Front in den

Massenorganisationen ihrer Klasse arbeiten, v. a. in Gewerkschaften und Frauenbewegung, um sie für revolutionär-sozialistische Ziele zu gewinnen, eine

neue revolutionäre kommunistische Massenpartei und kommunistische Frauenorganisation aufzubauen.

- Für eine internationale, proletarische Frauenbewegung und -internationale!
  - Für Frauenselbstorganisation- und -selbstverteidigungsgruppen!
  - Bildet unabhängige Gewerkschaften!
  - Für den Aufbau einer revolutionären Fünften ArbeiterInneninternationale!
- 

# Frauen und Krise - Great crisis rises up

*Leonie Schmidt, Revolution Deutschland, Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 8, März 2020*

Die Welt ist in Aufruhr. In vielen Ländern wie zum Beispiel in Chile, im Libanon oder im Irak existieren Volksbewegungen, die sich Angriffen auf die Arbeiter\_Innenklasse oder korrupten Regierungen widersetzen. Das Wachstum der Weltwirtschaft verlangsamt sich und die Angst vor einer erneuten weltweiten Rezession steigt an. Des Weiteren steigen die Spannungen zwischen großen imperialistischen Mächten wie, besonders zwischen den USA und China, und drücken sich durch Schutzzölle auf Stahlteile und Einzelteile für Smartphones etc. aus.

## **Politisch-ökonomische Weltlage**

2019 befand sich die Weltwirtschaft kurz vor einer Phase der Rezession. Rückgang bzw. Stagnation des Profits im Vergleich zu vorherigen Jahren waren allgegenwärtig. Nur wenige Branchen schafften es, eine Profitsteigerung zu erzielen. 11 Jahre seit Ende des letzten globalen Wirtschaftsabschwungs 2008 deutet eine Kombination von Faktoren wie stagnierende oder sinkende Profite, schwache oder rückläufige Investitionstätigkeit in Kapitalausrüstung, zunehmende Firmenverschuldung,

Protektionismus und Handelskriege darauf hin, dass ein erneuter Konjunkturunbruch nicht mehr fern ist.

Besonders hart traf es das verarbeitende Gewerbe (Baugewerbe, Industrie und Handwerk) deren Geschäftsmanagerindex (PMI) weltweit unter 50 fiel. Dieser gilt als Schwellenwert zwischen Expansion und Kontraktion. In Deutschland lag dieser bei 40, in den USA und China knapp über 50. Der Dienstleistungssektor hingegen schaffte es, weiterhin seinen Profit zu steigern. So verhalf dieser Griechenland, das BIP immerhin um 2 % zu steigern. Laut Analyst\_Innen von JP Morgan verlangsamte sich das gesamte Wachstum der Weltwirtschaft in 2019 aber stark, alle 10 Wirtschaftssektoren waren davon betroffen. Des Weiteren sank die Mehrwertrate, da die Lohnkosten nicht durch Gewinne kompensiert werden konnten.

Das Wachstum der Industrieländer als Gruppe dürfte bis 2020 auf 1,4 % sinken, was auch auf die anhaltende Schwäche des verarbeitenden Gewerbes zurückzuführen ist. Das Wachstum in Schwellen- und Entwicklungsländern dürfte sich in diesem Jahr auf 4,1 % beschleunigen. Es wird aber nur von einer verbesserten Leistung einer kleinen Gruppe großer Volkswirtschaften ausgegangen, von denen einige aus einer Phase erheblicher Schwäche hervorgehen.

Etwa ein Drittel der Schwellen- und Entwicklungsländer (wir bezeichnen diese als Halbkolonien) wird in diesem Jahr voraussichtlich zurückfallen, da sich Exporte und Investitionen schwächer entwickeln. Es wird erwartet, dass sich das US-Wachstum in diesem Jahr auf 1,8 % verlangsamt, was die negativen Auswirkungen früherer Zollerhöhungen und der erhöhten Unsicherheit widerspiegelt. Das Wachstum des Euroraums dürfte im Jahr 2020 aufgrund der schwachen industriellen Produktivität auf 1 % nach unten fallen. Die Erwerbslosenzahlen 2019 in der EU liegen bei 16 Millionen (6,3 %) und haben damit erst gerade das Vorkrisenniveau 2007 (7,1 %) unterschritten (Die BRD weist zwar das höchste Erwerbstätigkeitsniveau seit der Wiedervereinigung auf), doch diese Jobs werden immer unsicherer und prekärer.

Allerdings beruhen diese Zahlen auf ungewissen Faktoren und können sich

auch noch verschlechtern, besonders relevant sind hier Wirtschaftskriege und Spannungen oder ein stärkerer Einbruch des Profits in den bedeutenden Volkswirtschaften, der auf andere überschwappt.

## **Vorhersagen**

Die Vorhersagen der großen Wirtschaftsanalytist\_Innen für 2020 fallen aber allesamt recht positiv aus. Zumindest soll sich die Weltwirtschaft stabilisieren und etwas erholen, Risiken bleiben aber weiterhin vorhanden. Es wird vom IMF mit einem Weltwirtschaftswachstum von 3,5 % gerechnet, also einem leichten Anstieg im Gegensatz zu 2019, welcher mit 3,2 % vorhergesagt wurde. Die Weltbank hingegen geht nur von einem Wachstum bis 2,5 % aus.

Die mild optimistischen Vorhersagen der Analyseinstitute für 2020 berufen sich auf der negativen Entwicklungskurve der Weltwirtschaft entgegenwirkende Faktoren. So konnte ein rezessiver Einbruch der größten Volkswirtschaften bei Produktion und Investitionen 2019 vermieden werden – zum Preis niedrigen BIP- und Produktivitätswachstums. Die globalen Finanzierungskosten befinden sich auf historischem Tiefstand teils aufgrund der Zentralbankpolitik des „billigen Geldes“ (Nullzins, Quantitative Easing), aber auch aufgrund geringer Kreditnachfrage durch Staat und Kapital als Folge ausbleibenden Investments. Aktien- und Wertpapiermärkte erreichen dagegen ein ungeahntes Hoch. Die Arbeitslosenzahlen bleiben im Gegensatz zur Großen Depression der 1930er Jahre niedrig.

Der zugrunde liegende tendenzielle Fall der Profitrate muss über kurz oder lang die entgegenwirkenden Ursachen übertrumpfen. Der Ausbruch einer neuen Krise wird umso sicherer erfolgen, weil die Geldpolitik darin versagt hat, die Wachstumsraten von vor 2007 wiederherzustellen. Die letzte Dekade sah die längste Zeit ohne Rezession, aber auch die mit dem schwächsten Wirtschaftsaufschwung nach einer solchen. Keynesianisches Gegensteuern durch gesteigerte Staatsinvestitionen (und -schulden) hatte bereits in den Konjunkturkrisen zuvor versagt und wird diesmal auf die Barriere der schwindelerregend gestiegenen Budgetverschuldung stoßen.

## **Handelskrieg USA-China**

Die größten Sorgen bereitet den Analyst\_Innen der Handelskrieg zwischen den USA und China. Dieser war 2019 stark eskaliert und führte zu Abstürzen auf beiden Seiten. China haben die Sanktionen und Strafzölle auf Importwaren in die USA bereits 35 Milliarden US-Dollar gekostet. Für die USA erhöhten sich die Produktionskosten massiv und es wurden zwar neue Jobs in der Stahlindustrie erschaffen, wie von Trump versprochen, allerdings zu viel schlechteren Bedingungen und für viel weniger Lohn.

Trumps Ziel war also nie, die US-amerikanische Stahlproduktion zu stärken, sondern von Anfang an, der Konkurrenz eine Warnung zu verpassen. Denn Chinas Wirtschaft ist in den letzten Jahren massiv gewachsen und stellt die größte Gefahr dar. Gerade im Bereich von IT und Hochtechnologien ist es Vorreiter und mit vielen anderen Wirtschaften vernetzt. So lag Chinas Wirtschaftswachstum 2018 bei 6,57 %, das der USA nur bei 2,93 %. Berichten zufolge hatte China zugestimmt, landwirtschaftliche Waren der USA im Wert von 50 Mrd. USD zu kaufen, während die USA anboten, die bestehenden Zölle für chinesische Waren um bis zu 50 % zu senken. Der Konflikt ist somit also keinesfalls beigelegt, allerhöchstens kurzzeitig entschärft. Eine erneute Verschärfung kann aber zu massiven Einstürzen im Welthandel führen.

## **Kampf um die Neuaufteilung der Welt**

Der Handelskrieg zwischen den USA und China trägt allerdings auch noch ein geopolitisches, militärisches Markenzeichen, denn als neu wachsender Imperialist muss China natürlich die Vormachtstellung des US-Imperialismus global angreifen. Die chinesische Armee hat sich in einen Rüstungswettlauf mit den USA gestürzt. Die Eskalation im Konflikt zwischen den USA und dem Iran, einer zunehmend selbstsicheren Regionalmacht, verkörpert eine weitere drohende Gefahr.

Beide hängen miteinander zusammen, denn der Iran und China führen eine gute Handelsbeziehung. So gingen 27,4 % der Exporte des Irans nach China, 27,8 % der Einfuhren kommen daher. Öl, Gas und auch die Relevanz des

Irans in Chinas „Seidenstraßenprojekt“ spielen dabei eine entscheidende Rolle.

Der Rückgang des Welthandels und der Investitionstätigkeit hat besonders die sog. aufstrebenden Ökonomien getroffen. Deren Wachstum war in den letzten 6 Jahren fast überall niedriger als in den 6 Jahren vor Ausbruch der letzten Rezession. In Brasilien, Russland, Argentinien, Südafrika und der Ukraine gab es gar keines.

Von 2010–2018 nahm das Verhältnis von Auslandsverschuldung zum BIP der Entwicklungsländer um mehr als die Hälfte auf 168 % zu – ein schnellerer jährlicher Anstieg als während der Schuldenkrise Lateinamerikas. Laut Schuldenreport der Weltbank 2020 befinden sich 124 von 154 erfassten Ländern im kritischen Bereich kurz vor der Staatspleite, 2 mehr als im Vorjahr. 60 % dieser Länder stehen vor einer schlimmeren Situation als 2014.

Entscheidend für die Weltordnung wird also die Konkurrenz zwischen der aufstrebenden imperialistischen Großmacht China und den USA um die Weltherrschaft werden. Ihr Ringen wird den regionalen Auseinandersetzungen immer mehr ihren Stempel aufdrücken. Die Gefahr des Ausbruchs eines III. Weltkriegs wächst.

## **Wen trifft es besonders hart?**

Es ist „natürliche“ kapitalistische Logik, dass in Zeiten der Rezession die sinkenden Profite durch Entlassungen, Kürzungen von Arbeitszeit und Lohn und andere Angriffe auf die Arbeiter\_Innenklasse wie beispielsweise Rentenreformen aufgefangen werden sollen. So zum Beispiel aktuell in Frankreich, wo Macron mit seinen neoliberalen Reformen das Renteneintrittsalter auf 64 anheben möchte oder in Chile, wo die Regierung eine Erhöhung der Preise für öffentliche Verkehrsmittel durchsetzen wollte, aber daraufhin mit Massenprotesten konfrontiert wurde.

Die Krise wird auf dem Rücken der Arbeiter\_Innenklasse ausgetragen. Jedoch trifft es hier besonders Frauen. Mit der Krise 2007/08 wurden

Teilzeitjobs und Leiharbeit stark ausgebaut, damit die Kapitalist\_Innen ihren Profit dennoch weiter vermehren können und zur Not ohne viel Aufwand die Arbeiter\_Innen entlassen können, wenn die nächste Rezession einsetzt.

In den imperialistischen Ländern sind sie häufig von Arbeitslosigkeit und unsicheren, prekären Beschäftigungsverhältnissen geplagt. So arbeiten in Deutschland 2019 30,5 % Frauen in solchen „atypischen“ Verhältnissen, aber nur 12,2 % der Männer. Das wird als freiwillige Entscheidung für mehr Familien- oder Freizeit beispielsweise vom Bundesamt für politische Bildung gewertet, ist aber reine Ideologie, denn die unentgeltliche Reproduktionsarbeit fällt überwiegend den Frauen zu. So wird auch ausschließlich von Frauen erwartet, Job und Familie zu verbinden, und sie sind gezwungen, Teilzeit oder unsichere Jobs zu akzeptieren, wenn sie Kinder großziehen.

Auch Frauen in Halbkolonien (wie bspw. Indien oder Pakistan) sind oft im prekären Bereich beschäftigt. Hier variieren die Zahlen je nach Land zwischen 45 %-76 %. Die Beschäftigung findet hier auch oft im informellen Bereich statt, wo angemessene Bezahlung, Schwangerschaftsurlaub, eine sichere Arbeitsumgebung oder gar gewerkschaftliche Organisierung zurzeit undenkbar sind. Viele dieser Frauen arbeiten in Textilfabriken (in welchen für H&M, Primark und Co produziert wird), in sogenannten Sonderwirtschaftszonen, in denen sie für einen Hungerlohn ausgebeutet, teilweise eingesperrt und zur Arbeit gezwungen werden. Auf Sicherheit wird kaum geachtet. Oftmals kommt es zu Gebäudeeinstürzen oder Fabrikbränden neben dem Umgang mit gefährlichen Chemikalien ohne wirkliche Schutzkleidung.

Weltweit sind Frauen besonders von Armut betroffen. Demnach leben 5 Millionen mehr Frauen als Männer in extremer Armut. Des Weiteren sind mehr Frauen von Altersarmut betroffen. In Deutschland sind es 20 % der Frauen, aber nur 15 % der Männer. Das erklärt sich durch geringeren Lohn während der Arbeitszeit und Unterbrechungen zum Großziehen der Kinder.

Noch immer ist es Frauen laut UNO in 104 Ländern nicht erlaubt, bestimmte Berufe auszuüben. In 18 Ländern können Männer ihren Ehefrauen

grundsätzlich verbieten zu arbeiten. So müssen Frauen in Saudi-Arabien beispielsweise für die Ausübung bezahlter Arbeit generell die Erlaubnis eines männlichen Vormunds einholen. So spiegelt sich auch die finanzielle Abhängigkeit der Frauen wider, da sie sowohl in imperialistischen als auch in halbkolonialen Ländern nach wie vor weniger Lohn erhalten als Männer. In Deutschland sind es beispielsweise 21 %, 17,3 % in Großbritannien, in Pakistan hingegen 34 %.

Der Kampf um finanzielle Gleichstellung ist also weltweit keineswegs abgeschlossen. Aber selbstverständlich gibt es auch andere Bereiche, in denen Frauen strukturell benachteiligt werden. So kam es mit der Krise 2007/08 auch zu einem Anstieg nationalistischer Gefühle, da die Mittelschichten der imperialistischen Länder sich vor einem sozialen Absturz und dem Verlust ihrer Privilegien fürchteten. Um reaktionäre Angriffe und die Stärkung der nationalen Wirtschaft zu fördern, wurden fremdenfeindliche und chauvinistische Ideologien geschürt.

Diese sorgten auch für ein Rollback bei Frauen- und LGTBIA-Rechten. So beispielsweise der Versuch der weiteren Illegalisierung von Abtreibungen, aber auch das Aufbegehren der Rechten gegen das „Gendermainstreaming“ (die Integration der Gendergleichstellungsperspektive in politische Prozesse, wie von der Weltfrauenkonferenz in Nairobi 1985 festgelegt).

Dadurch kam es auch zu vermehrten gewalttätigen und sexualisierten Angriffen auf Frauen sowie auch auf die körperliche und sexuelle Selbstbestimmung. So erleben auch mehr Frauen Gewalt in Beziehungen als Männer und werden auch häufiger von ihrem (Ex-)Partner ermordet. Voruntersuchungen zu einer Studie der WHO zeigen, dass 35 % der weltweiten Morde an Frauen von Intimpartnern begangen werden, aber nur 5 % aller Morde an Männern von ihren Partnerinnen. Gemeinsamer Kampf gegen Ausbeutung und für Frauenbefreiung

**Gemeinsamer Kampf gegen Ausbeutung und**

## **für Frauenbefreiung**

Die Auswirkung der Krise, die Ausbeutung der Arbeiter\_Innenklasse und die Unterdrückung der Frau stehen also in einem engen Verhältnis zueinander und bedingen sich teils gegenseitig. Um genug Widerstand aufbauen zu können, ist es daher wichtig, auch die männlichen Proletarier für den Kampf zur vollständigen Frauenbefreiung zu gewinnen. Gegen die kommende Krise muss sich die Gesamtklasse in Stellung bringen, ein revolutionäres Antikrisenprogramm annehmen. Um unsere Stärke und Fähigkeit zu steigern, müssen wir in alle ökonomischen und sozialen Kämpfe intervenieren, um ihre Vorhut für unsere Reihen zu gewinnen. Dieses Aktionsprogramm muss auch Antworten auf das Rollback gegen die Rechte der arbeitenden Frauen geben.

Gleichzeitig muss es aber eigene Strukturen (sog. Caucuses) innerhalb der Arbeiter\_Innenbewegung (z. B. in Gewerkschaften) für Frauen geben, da sie einer doppelten Unterdrückung und spezifischen Formen sexistischer Diskriminierung unterliegen. Das Gleiche trifft auf ebenso auf andere Unterdrückte (Jugendliche, MigrantInnen usw.) zu. Denn so revolutionär eine Bewegung oder eine Partei auch sein mag, niemand ist frei von im Kapitalismus erlernten Unterdrückungsmechanismen und auch in den eigenen Strukturen müssen diese diskutiert und bekämpft werden.

Dennoch kann aber nur ein gemeinsamer internationaler Kampf der gesamten Arbeiter\_Innenklasse für eine Befreiung aller Unterdrückten sorgen, der sich gegen den Kapitalismus stellt und für eine sozialistische Revolution eintritt, da die Abschaffung der unbezahlten Reproduktionsarbeit, welche unüberwindbar mit dem Kapitalismus vereint ist, ihre vollständige Sozialisierung und Aufteilung auf alle Geschlechter im Interesse der gesamten ArbeiterInnenschaft liegt, auch wenn unterm Kapitalismus ihr weiblicher Teil jene weit überwiegend verrichtet.

Wir als Marxist\_Innen treten daher für eine internationale multi-ethnische, proletarische Frauenbewegung ein mit dem Recht auf gesonderte Treffen in Arbeiter\_Innenorganisationen wie Gewerkschaften. Deshalb müssen diese auch massiv unter den prekär Beschäftigten rekrutieren und dürfen sich

nicht auf die Verteidigung der relativ privilegierten, ausgebildeten und sicherer beschäftigten (arbeiter\_innenaristokratischen) Schichten beschränken.

Daher fordern wir:

- Gleiche Rechte für Frauen bei Wahlen, auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungswesen, an allen öffentlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten teilzunehmen!
- Für ein Programm gemeinnütziger öffentlicher Arbeiten mit Vollzeitstellen und auskömmlichen Tariflöhnen für Frauen, bezahlt aus Unternehmerprofiten und Vermögensbesitz!
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Mindestlohn für alle Frauen, um ein Mindesteinkommen zu sichern, das die Reproduktionskosten deckt und ein Leben ohne Abhängigkeit vom (männlichen) Partner erlaubt!
- Arbeitsschutz in allen Produktionsstätten! Für das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung, wo es bisher verboten ist!
- My Body, my Choice: Für das vollständige Recht auf Abtreibung ohne Fristen und Mindestalter, sexuelle Selbstbestimmung und das Prinzip des sexuellen Konsenses! Zugang zu kostenlosen Verhütungsmitteln!
- Kostenloser Zugang zu Gesundheitsversorgung, Pflegeeinrichtungen, Krankenversorgung und gesicherte Renten für alle Frauen! Wir fordern kostenlose und bedarfsorientierte Kinderbetreuung, öffentliche Kantinen und Wäschereien - um eine gesellschaftliche Gleichverteilung der Reproduktionsarbeiten auf alle Geschlechter sicherzustellen!
- Um Frauen aufgrund ihrer Doppelbelastung durch Erwerbstätigkeit und Reproduktionsarbeit eine politische Teilnahme zu erleichtern, treten wir zudem für eine Vergesellschaftung sämtlicher Haushalts-, Sorge- und Reproduktionsarbeiten ein!
- Recht auf Scheidung auf Wunsch! Ausbau und Sicherstellung von Schutzräumen für Frauen (wie z. B. Frauenhäuser)!
- Kostenlose, kollektive Selbstverteidigungsstrukturen, um es Frauen zu ermöglichen, sich selbst vor Übergriffen zu schützen, unterstützt von Frauen- und Arbeiter\_Innenbewegung!

---

# Respect my Authority? Rolle der Autorität in der Schule

In jeder Schule, in jedem Land sind wir Schüler\_Innen ständiger Schikanen und Repressionen durch Lehrkräfte ausgesetzt. Heute sehen wir das zum Beispiel an der Kriminalisierungswelle, welcher diejenigen von uns ausgesetzt sind, die jeden Freitag auf die Straße gehen, um für unser aller Zukunft zu kämpfen. Auftrag der Schule laut Gesetzbuch ist es uns zu befähigen, für uns und unsere Umwelt Verantwortung zu übernehmen, unsere Lebensgrundlagen zu schützen und für nächste Generationen zu erhalten. Doch von der Politik und auch den Medien wurde auf die Verletzung der Schulpflicht hingewiesen und die Schulleitungen aufgefordert die Fridays for Future Aktivist\_Innen härter zu bestrafen. Dass wir ein Grundrecht auf Versammlungen und politisches Engagement haben, welches uns nicht verwehrt werden darf, wird hierbei nicht erwähnt. Auch wenn einige Schulen versuchen die Bewegung zu unterstützen, müssen die Aktivist\_Innen um ihre Abschlüsse bangen. Neben den Fehlstunden werden vermehrt Tests auf den Freitag gelegt, Schüler\_Innen wird mit Nichtversetzung gedroht, Bußgelder werden fürs „Schwänzen“ gefordert und vieles mehr. Viele haben daher den Mut verloren auf die Straße zu gehen.

Viele haben aber auch schon seit längerem immer wieder zu spüren bekommen, wer im Klassenzimmer am längeren Hebel sitzt. Ob du Kaugummi kaust, ob du eine Mütze aufhast, wann du kommst und gehst, ob du dein Handy benutzt, worum es im Unterricht geht, was richtig und was falsch ist, usw. usf. Das alles wird nicht von dir selbst entschieden, sondern von der Lehrperson. Dabei sind natürlich nicht alle gleich schlimm: Während die einen sich bemühen, hie und da z. B. offene Diskussionen zuzulassen, führen uns die anderen vor, lassen uns nicht auf die Toilette gehen oder denken sich irgendwelche anderen Schikanen aus. Das Prinzip ist aber immer das gleiche und scheinbar können wir nur darauf hoffen, kein

Arschloch abzukriegen. Die Frage ist, woher kommt das alles? Warum werden wir in unserem Kampf für die Umwelt nicht unterstützt? Was ist das für eine Bildung und was können wir tun, um sie zu ändern?

Bildung ist im kapitalistischen System nicht darauf ausgelegt, dass wir uns entwickeln wie wir es wollen, sondern so wie es das System benötigt. Dass wir Bildung bekommen hat sich erst dadurch ergeben, dass die Ansprüche an die Arbeiter\_Innen durch die Industrialisierung gestiegen sind. Vorher war es nur dem Adel erlaubt, heute ist jede\_R verpflichtet in die Schule zu gehen. Es braucht aber neben wenigen klugen Köpfen in den Chefetagen, viele preisgünstige Arbeitskräfte. Die Schule ist dabei eine vollkommen autoritäre Institution die verschiedene Funktionen erfüllt. Neben dem Wissen, das vermittelt wird, dient sie auch dazu, dass wir dieses System und die Art und Weise wie darin zu leben ist beigebracht zu bekommen. Und genau davon ist Disziplin und Gehorsam ein wichtiger Bestandteil. Wir sollen nämlich auch später die Autoritäten wie z. B. unsere\_N Chef\_In oder den Staat anerkennen. Sowohl Inhalte als auch Art und Weise unseres Lernens werden dabei vom Schulministerium in Zusammenarbeit mit FachvertreterInnen und LobbyistInnen festgelegt. Die Schulen setzen diese um. Wer sich dem entgegenstellt, wird abgestraft, dafür gibt es einen ganzen Katalog an Disziplinierungsmaßnahmen, damit wir uns fügen.

Autorität bedeutet, dass eine Person oder eine Organisation durch fachliches Können oder gesellschaftliche Akzeptanz, die Macht erhält, dass andere Menschen sich ihrem Denken und Handeln fügen. Unsere Lerninhalte werden dazu vom Schulministerium in Zusammenarbeit mit FachvertreterInnen und LobbyistInnen festgelegt. Die Schulen setzen diese um. Wer sich dem entgegenstellt, wird abgestraft, dafür gibt es einen ganzen Katalog an Disziplinierungsmaßnahmen, damit wir uns fügen.

Dieses Bildungssystem muss komplett erneuert werden! Seit über 60 Jahren gibt es genug Studien und Theorien, die aufzeigen, dass zu viel Autorität und Zwang in der Erziehung in hohem Maße kontraproduktiv sind, da es die Schüler\_Innen nicht dazu bringt bewusst zu Handeln, sondern nur lehrt Gehorsam vorzutäuschen (Rousseau). Jeder Mensch hat das Bedürfnis sich zu entwickeln, zu lernen und Fähigkeiten einzusetzen. Wir wollen eine

selbstbestimmte Schule, die in Zusammenarbeit von Schüler\_Innen, Lehrer\_Innen und Arbeiter\_Innen gestaltet wird. Wo wir unsere Lerninhalte von unseren Interessen abhängig machen. Wo wir keinen Hierarchien unterliegen, sondern demokratisch Verbesserungen schaffen. Wo wir nicht für ein ausbeuterisches System ausgebildet werden, sondern für unser Leben. Uns ist dabei sehr wohl bewusst, dass wir dafür kämpfen müssen! Aber wie wir auch beim Klimawandel sagen, dass dieser mit grünem Kapitalismus nicht abzuwenden ist, sagen wir auch, dass eine solche Bildung nicht innerhalb dieses Systems erreicht werden kann. Daher müssen wir die Kämpfe verbinden mit dem Kampf für eine befreite Gesellschaft, in der wir demokratisch eine Wirtschaft, die sich nach den Bedürfnissen von Mensch und Natur richtet, aufbauen und Bildungsstätten, in denen wir uns nach unseren Bedürfnissen entwickeln und nicht schikaniert werden. Vernetzt euch! Macht Probleme öffentlich und kämpft gegen die Unterdrückung der Jugend!

---

## اتفاق ترمب ضد فلسطين

لماذا

نرفض اتفاق ترمب ونطالب بـ „نحن“

عوضاً

عن ذلك.

إفصاح

ترمب عما يسمى „صفقة

القرن“

بيوم

28.01

في

واشنطن كانت بمثابة احتفال له ولنتنياهو

ولعديد من ممثلي اليمين الابطانجيلي

وحركات الاستيطان والمحافظين الجمهوريين،  
الذين تم دعوتهم مسبقا.

في

الصف الأول جلس أيضا سفراء دول الخليج  
السنية الغنية بالنفط.

بحكم

مصالح أمريكا الجيوسياسية كان من المفروض  
تشكيل تحالف ضد إيران في غرفة الاجتماع.

خطط

ترمب لاقت وجوها فرحة في هذه الغرفة.

الغير

مدعوون كانوا الفلسطينين والفلسطينيات.

من

الواضح ان خطط ترمب لا تعنيهم والأكثر  
غرابة من ذلك مطلب ترمب بعدم التفاوض مع  
ممثلي الفلسطينين والفلسطينيات.

ومن

خلاله أرسل ترمب تهديده بأن صفقة القرن  
من الممكن أن تكون اخر فرصة للفلسطينيين.

توقيت

الإعلان لم يكن عفويا وإنما مرتبط بالسياسة  
الداخلية.

فبينما

يقارع ترمب ضد عملية نزع الثقة عنه في  
واشنطن يواجه نتنهاو على الضفة الأخرى  
تهما عديدة بالفساد.

لذلك

تعتبر هذه الصفقة بمثابة تمكين لدولة  
إسرائيل وتساعد على تطبيق استراتيجياتها  
بدون محاسبة وتتبع سياسة ترمب بخصوص  
الموضوع حتى اليوم:

الاعتراف

بضم الجولان وقراره بان المستوطنات

الإسرائيلية لا تخرق القانون الدولي

حسب

صفقة القرن ستشكل فلسطين فقط من 9%

من

مساحتها أيام الانتداب البريطاني في عام

1947.

تقريبا

جميع المستوطنات في الضفة ستعتبر أرضا

إسرائيلية والقدس ستكون عاصمة إسرائيل

وحدها.

تذهب

خطة ترامب أكثر باتجاه الاعتراف بسلطة

الأمر الواقع لإسرائيل على الضفة الغربية

وفصل ما يسمى بالمثلث أي اخراج الفلسطينيين

من حملة الجواز الإسرائيلي من مناطق معينة

مثل ما كان يطالب به اليميني المتطرف

.أفيغدور ليبرمان

نظام

فصل عنصرى معبأ بخوابى دولة

صفقة

القرن تنطوي على اعتراف كامل بالضم العنصرى

الصهيونى للضفة الغربية.

وفى

نفس الوقت تمنع صفقة القرن حصول دولة

فلسطين المستقبلية حق السيطرة على أراضيها

ومجالها الجوى وتحظر على «دولة»

فلسطين

امتلاكها لقوى مسلحة وتضمن لإسرائيل حق

التدخل العسكرى فى المناطق الفلسطينية.

الدولة

الفلسطينية لن يكون لها حتى الحق فى إقامة

علاقات دولية كاملة بنفسها فى حال تأثرت

المصالح الإسرائيلية بهذه العلاقات.

هذه

الدولة المرتقبة سينقصها كل شيء، مما  
يمكن أن يصنع دولة

هزيمة

الانتفاضة الأولى أدت إلى محادثات أوسلو  
مطلع التسعينيات.

من

أجل تحقيق هذا الوعد الغامض بإقامة منطقة  
لها سيادة، كان على الفلسطينيين والفلسطينيات  
وقف كفاحهم ضد الإجراءات العنصرية التي  
تمارس ضدهم يوميا.

بسبب

انحسار دور منظمة التحرير وتوقف حشد  
الانتفاضة، والبناء الهائل للمستوطنات  
بالضفة الغربية أتيح لإسرائيل بأن تقضي  
على كل محاولة لإقامة دولة فلسطينية  
مستقلة.

ومع

تشكيل السلطة الفلسطينية بالضفة تم خلق  
جهاز بيروقراطي سلطوي، عمِل كذراع ممتدة  
لسلطة الاحتلال في الضفة

خطة

ترمب تتبع نفس الأسلوب المستخدم في بداية  
تسعينيات القرن الماضي في أوسلو مع فارق  
وحيد:

في

أوسلو كان ينظر للفلسطينيين كأطراف في  
الصراع والمحادثات، أما في صفقة القرن  
لم يتم الحديث معهم من قبل صهر ترمب جاريد  
كوشنر أو حتى دعوتهم لإعلان الصفقة أو  
سؤالهم فيما إذا كانوا موافقين على بنود  
الصفقة وكيفية تطبيقها.

المعني

هنا اجتزاء أراضي من الضفة الغربية.

بينما  
كان من المفترض أن تعطي عملية أوسلو  
„شرعية“

لسياسات

الاحتلال الإسرائيلي من خلال إشراك  
المؤسسات الفلسطينية في جولات يائسة من  
المفاوضات، فإن الشرعية تقتصر الآن على  
„الاعتراف

بالواقع“،

أي السلطة الفعلية للدولة الإسرائيلية  
على الأراضي المحتلة.

„حل“

ترامب

للمستوطنات غير القانونية هو ببساطة  
إضفاء الشرعية عليها.

„الحل“

لآلاف

اللاجئين هو حرمانهم من حق العودة، و  
„الحل“

للقدس

هو أنه يعطي المدينة بأكملها (باستثناء  
ضاحية صغيرة في الشرق)

لإسرائيل.

**الاشتراكية**

**عوضاً عن القومية**

إن

السياسات العدوانية للحكومة الأمريكية

ضد حقوق الفلسطينيين و(في

أحسن الأحوال)

الموافقة

الصامتة للعديد من الحكومات الأخرى، مثل

الألمانية والفرنسية، على هذه السياسات

تجعل من الضروري أن يعلن النشطاء اليساريون

والنقابيون المناضلون في جميع أنحاء  
العالم الحرب على هذه السياسات.

لن

يعتمد حق الفلسطينيين في تقرير المصير

على منطق «المجتمع

العالمي»،

أي منطق الحكومات البرجوازية.

ولكن

سيعتمد على ما إذا كانت الحركة في فلسطين

وإسرائيل ستمكن من حشد الجماهير ضد خطط

الييمين الإسرائيلي وحلفائهم في أمريكا

وأوروبا ودول الخليج.

لقد

حدثت احتجاجات كبيرة بالفعل في رام الله

وغزة وكذلك في تل أبيب.

لدى

قوى اليسار الآن مهمة دفع منظمة مستقلة

للطبقة العاملة إلى الأمام ومنحها منظور

وأفق.

على

البنى الحالية لا يمكن التعويل أبداً،

بينما يود اليسار الصهيوني العودة إلى

أوسلو في أحسن الأحوال، لا تستطيع فتح

وحماس طرح أي بدائل سياسية.

القيادة

الفلسطينية مرتاحة الان في الوضع الراهن،

وتتمتع بامتيازات كبيرة وليس لديها أي

مفهوم عن كيفية خلق مقاومة فعّالة.

بدلاً

من ذلك، فإن الاحتجاجات الجماهيرية في

المنطقة هي شريك أهم بكثير:

سواء

في لبنان أو روجافا أو العراق أو الجزائر

أو مصر أو إيران.

فليس

فقط في فلسطين بل في كل مكان في العالم،  
ترفض الجماهير المخطط الإمبريالي في  
المنطقة والدعم الهائل للحكام المحليين.

مهمة

الحركة العمالية في أوروبا بالتالي هي  
إحباط الخطط الاستعمارية و"الجغرافية  
- الإستراتيجية"

لحكوماتها.

على

أعقاب الهزيمة في الاحتجاجات المناهضة  
للأزمة وترنح الموجة الناشئة من القومية  
في أوروبا، تم تطبيع المواقف القومية  
والقريبة من الحكومات في الحركة العمالية  
أكثر فأكثر.

في

خطة ترامب، يجب أن نرفض أيضاً مصالح  
ألمانيا الهادفة للربح والعمل على تعليق  
كل الدعم المالي والاقتصادي والعسكري  
المقدم من ألمانيا للدولة الإسرائيلية.

يجب

أن ندرك أيضاً أن سياسة حل الدولتين، كما  
تمثلها السلطة الفلسطينية ومنظمة التحرير  
الفلسطينية التقليدية، أدت إلى خضوع هذه  
المؤسسات لاحتياجات القوى المحتلة وخيانة  
النضال التحرري.

على

الرغم من سخط ممثلي السلطة الفلسطينية  
مثل محمود عباس على الاستفزاز الذي تمثله  
„خطة

السلام“،

فإن هذه القوى لم تفهم أن سياساتها الرامية  
إلى التوفيق مع مصالح دولة إسرائيل هي  
طوباوية وأضعفت الحركة الفلسطينية بشكل  
أساسي.

حتى  
لو كان «حل»  
الدولتين»  
قابلاً

للتحقيق، فإن ذلك سيؤدي فقط إلى سكب القمع  
الحالي في إناء مؤسسي جديد.  
لذلك،

نحن ومن موقعنا داخل حركة التضامن ندعم  
حل الدولة الواحدة الاشتراكية.  
هذا

الأمر يمكن تحقيقه فقط إذا تم الربط بين  
الكفاح في الداخل والنضالات الاجتماعية  
والديمقراطية في جميع أنحاء الشرق الأوسط،  
كما هو الحال في مصر ولبنان والعراق.  
لتسمح

دولة فلسطين الاشتراكية لجميع اللاجئين  
بالعودة ولتضمن نفس الحقوق لجميع السكان،  
بغض النظر عن الدين.  
لا

يمكن تحقيق هذا الهدف في المفاوضات مع  
الحكومات الإمبريالية، وإنما فقط باستخدام  
وسائل الصراع الطبقي